

# Vereins-Anzeiger

Organ des

Verbandes der Maler, Lackierer, Anstreicher, Tüncher und Weißbinder

sowie der freien eingeschriebenen Hilfskasse Nr. 71 vorstehender Gewerbe.

Nr. 49

Erscheint alle Sonnabend.  
Abonnementspreis Mk. 1.50 pro Quartal.  
Redaktion und Expedition: Hamburg 25,  
Claus Grothstraße 1. Fernspr. 5, 8246.

Hamburg,

Sonnabend, 6. Dezember 1913.

Anzeigen kosten die fünfgespaltene Non-  
parallele oder deren Raum 50 Pfg.  
(Der Betrag ist stets vorher einzusenden).  
Verbandsanzeigen kosten 25 Pfg. die Zeile.

27. Jahrg.

## Die Krankenunterstützung in der ersten und zweiten Klasse.

Wenn wir uns in der vorigen Nummer über das Statut und die Beschlüsse der Generalversammlung, soweit die Krankenunterstützung der ersten Beitragsklasse in Frage kommt, ausgelassen haben, so soll nachfolgend die Krankenunterstützung der zweiten- und dritten Beitragsklasse gewürdigt werden.

Die Reichsversicherungsordnung hat eine wesentliche Aenderung in der Krankenversicherung hervorgerufen. Vor allem müssen die Arbeitgeber mit dem Inkrafttreten des Teiles über die Krankenversicherung (1. Januar 1914) für sämtliche bei ihnen Beschäftigten, unbekümmert darum, ob sie einer genehmigten Erfassungsliste angehören oder nicht, ein Drittel der Beiträge an die zuständige Ortskrankenkasse abführen. Das wird zur Folge haben, daß fast alle Arbeiter sich den Orts-, Innungs- und sonstigen, also den Zwangs- und freiwilligen, angeschlossen werden, um so mehr, da auch die Arbeitgeber kein Interesse mehr daran haben, daß die bei ihnen beschäftigten Gehilfen einer Erfassungsliste angehören. Nebenbei hat aber eine Reihe Mitglieder das Bedürfnis, sich gegen Krankheit höher zu versichern, und wenn dieses in der gewerkschaftlichen Organisation geschehen kann, wo die Beiträge regelmäßig fassiert werden, vor allem aber die Mitglieder während der Arbeitslosigkeit vom Beitrag entbunden sind und trotzdem den Anspruch nicht verlieren, so ist das von ungeheurem Vorteil. Dieses veranlaßte den Vorstand, den Mitgliedern im Frühjahr 1912 einen Vorschlag zu unterbreiten, nach dem eine zweite und dritte Beitragsklasse eingeführt werden sollte, die durch Zahlung eines höheren Beitrages den Mitgliedern eine höhere Krankenunterstützung sicherte.

Der Vorschlag des Vorstandes wurde in der Urabstimmung mit übergroßer Majorität angenommen. Der Beitritt zu dieser Beitragsklasse blieb ein freiwilliger. Da also nur ein Teil der Mitglieder sich dieser erhöhten Klasse anschloß, so mußte die Unterstützung so bemessen werden, daß die Ausgaben der höheren Unterstützung von den Einnahmen des höheren Beitrages gedeckt wurden. Es ist daher ganz selbstverständlich, daß, wenn die Ausgaben für die zweite und dritte Beitragsklasse höher werden als die Einnahmen, dann auch eine Aenderung eintreten muß. Ist dagegen die Einnahme höher als die Ausgabe, kann der Beitrag herabgesetzt oder der Unterstützungssatz erhöht werden. Kein Mitglied der Organisation kann verlangen, auch die nicht, welche sich der zweiten und dritten Beitragsklasse angeschlossen haben, daß die Organisation für sie dauernd mehr leistet, als für die übrigen Mitglieder. Dabei wollen wir bemerken, daß, wenn bei besonderen Anlässen, Ausbrüchen von Epidemien, die Unterstützung mehr in Anspruch genommen wird, dann noch nicht gleich eine Herabsetzung der Leistung stattfindet; im allgemeinen muß aber an den oben angeführten Grundsätzen festgehalten werden. Es muß den der zweiten und dritten Beitragsklasse angehörenden Mitgliedern genügen, daß für diese Einrichtung, weil keinerlei Verwaltungskosten entstehen, der voll eingezahlte Beitrag für die Unterstützung verwandt werden kann.

In den fünf Jahren, von 1907 bis 1911, erforderte die Krankenunterstützung pro Jahr und Mitglied 250 bis 270 Mk. Beitrag, also 5 Pfg. von den eingezahlten Beiträgen pro Woche wurden für Krankenunterstützung ausgegeben. Hätten wir nun den Beitrag für alle Mitglieder z. B. um 40 Pfg. erhöhen können, dann wäre der Verband in der Lage gewesen, die Krankenunterstützung um das Achtfache zu erhöhen. Wir haben aber von vornherein damit gerechnet, daß die jüngeren, nicht so stark arbeit zuneigenden Mitglieder sich dieser Einrichtung nicht in so großen Massen zuwenden würden, als die älteren, zum Teil mit Krankheit behafteten Mitglieder. Es ist daher auch in unserem Vorschlage nicht das Achtfache, sondern in der zweiten Beitragsklasse nur das Doppelte und in der dritten Beitrags-

nur das Zwei- bis Dreifache zugrunde gelegt worden. Im Laufe der Beratungen wurde dann noch allgemein der Wunsch geäußert, die Unterstützung der erfolgreicheren Agitation wegen schon nach einem Wertjahr der Mitgliedschaft zu gewähren, was wir versuchsweise eingeführt haben. Es zeigte sich aber recht bald, daß dieses nur unter großen Opfern und auf Kosten der alten Mitglieder aufrechterhalten werden konnte und daß eine Reihe von Kollegen nur in die Organisation eingetreten war, um die Krankenunterstützung in Anspruch zu nehmen. Hätten sie diese bezogen, dann lehrten sie der Organisation wieder den Rücken. Nachfolgende Zahlen mögen den Beweis liefern.

Die Zahl der einjährigen Mitglieder, die nach dem 1. Mai 1912 der zweiten und dritten Beitragsklasse beitrugen, betrug bis 31. Dezember 1912 3217. Hier von bezogen 1093 Krankenunterstützung im ersten Jahre der Mitgliedschaft. Da nach dem 3. August die einjährige Karenzzeit wieder eingeführt ist, kommt von da an die Unterstützung an einjährige Mitglieder nicht mehr in Frage. Von den 1093 Mitgliedern, die Krankenunterstützung im ersten Jahre der Mitgliedschaft bezogen haben, sind 980 vor dem 15. Oktober 1912 eingetreten, hätten also mindestens bis zum 22. November 1913 ihr einjähriges Buch umtauschen müssen. Untergaucht bis zu diesem Datum sind aber nur 627 Bücher, so daß 353 (36 Proz.), die die Krankenunterstützung bezogen haben, wieder ausgetreten sind. Von den 353, die ausgetreten waren, hatten 138 die volle Unterstützung von 75 resp. 3750 Mk. bezogen. Ganz besonders auffallen muß es, daß dies zum großen Teil alte Kollegen sind. Nach diesen Zahlen muß jeder Kollege zugeben, wie nötig es war, daß die Generalversammlung zu Halle die einjährige Karenzzeit wieder einführt. Unsere Vermutung, daß es besonders die alten Mitglieder sind, die der erhöhten Krankenunterstützung wegen beigetreten waren, hat sich nicht allein bestätigt, sondern unsere Erwartungen, soweit die dritte Beitragsklasse in Betracht kommt, noch weit übertroffen.

Der zweiten Beitragsklasse gehörten am Schlusse des dritten Quartals 4412 und der dritten Beitragsklasse 13706 Mitglieder an. Vom 1. Juli 1912 bis zum 30. Juni 1913 betrugen die Mehreinnahmen in der zweiten Beitragsklasse (pro Marke 20 Pfg.) 45404.40 Mk. Die Ausgaben vom 1. August 1912 bis zum 30. Juni 1913: 40785.40 Mk., so daß in dieser Klasse die Einnahmen die Ausgaben überstiegen. Es kommt noch hinzu, daß die Mitglieder, wenn sie in die zweite Klasse nicht eingetreten wären, dann die Unterstützung der ersten Klasse bezogen und hierfür die Hälfte ausgegeben worden wäre. Demnach betragen die Einnahmen in der zweiten Beitragsklasse in dem oben angegebenen Zeitraum 45404.40 Mk., die Ausgaben aber nur 20392.80 Mk. Hier ergibt sich also ein Ueberschuß von 25011.60 Mk. oder pro Mitglied und Jahr 5.58 Mk. Rechnen wir nun für das erhöhte Sterbegeld pro Jahr und Mitglied 38 Pfg. ab, dann ergibt sich, daß von dem Beitrag der zweiten Beitragsklasse, der in den 52 Wochen des Jahres à 20 Pfg. = 10.40 Mk. beträgt, nur 5.20 Mk., also die Hälfte, ausgegeben worden ist, so daß im ersten Jahre der Einführung der erhöhten Krankenunterstützung die Unkosten in der zweiten Beitragsklasse mit 10 Pfg. die Woche gedeckt sind.

Ganz bedeutend ungünstiger hat aber die dritte Beitragsklasse in demselben Zeitraum, vom 1. Juli 1912 bis zum 30. Juni 1913, gearbeitet. In dieser Zeit gingen an Beiträgen à 40 Pfg. für diese Klasse 274242.80 Mk. ein, ausgegeben wurden dagegen 516390 Mk. Da auch diese Mitglieder, wenn sie sich in der dritten Beitragsklasse nicht versichert hätten, die Krankenunterstützung der ersten Beitragsklasse bezogen haben würden, so sind von den 516390 Mk. 114753 Mk. für die erste Beitragsklasse in Abzug zu bringen, so daß eine reine Ausgabe für die dritte Beitragsklasse von 401637 Mk. oder pro Mitglied von 29.30 Mk. für Krankenunterstützung verbleibt. Die Einnahme von 274242.80 Mk. ist demnach um 127394.20 Mk. überschritten. Ein Mitglied zahlt pro Jahr in der dritten Beitragsklasse 20.80 Mk. Da aber im ersten Jahre

der Einführung in der dritten Beitragsklasse 29.30 Mk. ausgegeben wurden, so hätte jedes Mitglied in der dritten Klasse 17 Pfg. pro Woche mehr zahlen müssen, um diese Mehrkosten zu decken. Dazu kommt, daß für die Mehrbelastung des Sterbegeldes noch nichts berechnet ist. Wenn wir dieses nur mit 3 Pfg. pro Woche berechnen, so wäre in der dritten Beitragsklasse ein Beitrag von 60 Pfg. statt 40 Pfg. nötig gewesen, um die Ausgaben zu decken.

Für die Mitglieder der zweiten Beitragsklasse hätten wir die Unterstützung mit demselben Beitrag auf 1.80 Mk. erhöhen können und es hätte dann immer noch die Einnahme von 20 Pfg. die Woche pro Mitglied gereicht, um die Ausgaben zu decken, während in der dritten Beitragsklasse ein Beitrag von 60 Pfg., also das Dreifache, nötig gewesen wäre, um die Ausgaben in dieser Klasse zu bestreiten. Es zeigt uns dieses, daß die Mitglieder der dritten Beitragsklasse die Krankenunterstützung weit über das Doppelte mehr in Anspruch nehmen als die Mitglieder der zweiten Beitragsklasse.

Das ungünstige Verhältnis der dritten Beitragsklasse war dem Vorstand zum Teil bereits bekannt, als er seine Vorschläge zur Arbeitslosenunterstützung vorbereitete. Es konnte daher in dem Vorschlag zur Generalversammlung nur beantragt werden, den Beitrag in der dritten Beitragsklasse so zu erhöhen, daß die Einnahmen die Ausgaben decken, oder die Leistungen der dritten Klasse herunterzusetzen. Da schon wegen der Einführung der Arbeitslosenunterstützung eine Beitragserhöhung eintreten mußte, war eine besondere Beitragserhöhung in der dritten Beitragsklasse nicht gut möglich, so daß nichts anderes als die Regulierung der Leistungen übrig blieb. Der Vorstand machte den auf der Generalversammlung angenommenen Vorschlag, wo nach die Unterstützung auf denselben Grundsatze aufgebaut wurde wie bei der ersten Beitragsklasse, so daß jedes Mitglied für jedes Jahr seiner Mitgliedschaft auf 30 Tage Krankenunterstützung Anspruch hat, und wenn es diese nicht erhebt, sie ihm gutgeschrieben werden, wie wir bereits in unserm vorigen Artikel dargelegt haben. Damit wurde erreicht, daß die Mitglieder, die in den letzten acht Jahren noch keine Krankenunterstützung bezogen, den vollen, alten Anspruch gewahrt erhielten, abgesehen von der auf der Generalversammlung vorgenommenen einheitlichen Regulierung für jede Mehrzahlung von 20 Pfg. Wochenbeitrag je 75 Pfg. Unterstützung pro Tag. Das, was wir in der vorigen Nummer schon über die Mitglieder angeführt haben, die noch wenig oder keine Unterstützung bezogen und dadurch bei einer eventuellen Erkrankung nun auch rechtlicher Weise mehr Anspruch haben müssen als die, welche alle Jahre den Anspruch erheben, trifft für die zweite und dritte Beitragsklasse noch mehr zu als für die Mitglieder der ersten Beitragsklasse, da hier die Mitglieder einen Extrabeitrag für den Krankenzuschuß leisten. Die Bestimmung, daß die vor dem 31. Dezember 1912 der zweiten und dritten Beitragsklasse beigetretenen Mitglieder auch die alten, in unserer Organisation bezahlten Beiträge angerechnet bekommen, ist nach dem neuen Statut bestehen geblieben. Diese Mitglieder besitzen dadurch gegenüber den später beigetretenen ein großes Vorrecht, indem ihnen die früher bezahlten niedrigeren Beiträge voll angerechnet werden. Es ist daher gar nicht zu verstehen, daß in dem Augenblick, wo das Statut dahin umgeändert wurde, daß die frühere zurückliegende Unterstützung genau so angerechnet wird als die bezahlten Beiträge, ein Teil der Mitglieder verlangt, daß ihnen die zurückliegende Unterstützung nicht angerechnet wird, indem sie behaupten, die Generalversammlung in Halle hätte die rückwirkende Kraft nicht beschloffen. Mit andern Worten: man verlangt die Anrechnung der niedrigeren früheren Beiträge, wofür die jetzt eintretenden Kollegen den höheren Beitrag bezahlen müssen, um denselben Anspruch zu bekommen, aber dafür noch extra die Aufbesserung des § 21 Absatz 2 des Statuts. Keinen sind es die Mitglieder, die für jedes Jahr ihrer Mitgliedschaft schon 67.50 Mk. Unterstützung, also bei achtjähriger







elends geschaffen, das nicht mehr aus dem Mangel, sondern aus dem Ueberfluß entspringt. In den modernen Wirtschaftskrisen mit ihren schrecklichen Folgen tritt der innere Widerspruch im Wesen des Kapitalismus deutlich zutage.

### Die nutzlosen Palliativmittel.

I.

Unser Standpunkt gegenüber den Bleifarben, daß nur ein gesetzliches Verbot der Verwendung giftiger Bleifarben die großen Gefahren an Leben und Gesundheit der Arbeiter beseitigen würde, findet immer mehr Anerkennung. Alle erlassenen Vorschriften, so gut sie auch gemeint sein mögen, sind unwesentlicher Natur, nutzlose Vorbeugungsmaßnahmen, die den Kern der Sache nicht treffen. An der Eigenart des Malergewerbes müssen alle sogenannten Vorschriften im Kampfe gegen die Bleigesfahren versagen. Das stellt nun auch der bekannte Wiener Gewerbearzt und Privatdozent Dr. Telesky in seinem Bericht über die Bleivergiftungen unter den Malern, Anstreichern und Lackierern in Wien im „Zentralblatt für Gewerbehygiene“ zweifelslos fest. Dr. Telesky, der seit 1905 Spezialarzt für Gewerbekrankheiten ist, hat im Laufe dieser Zeit über 2000 bleikranke Personen behandelt. Er ist ein genauer Kenner der Verhältnisse, unter welchen unsere Kollegen arbeiten. Der sehr lehrreiche Bericht beginnt mit einer Darstellung der Aktionen unres österreichischen Bruderverbands und der Wiener Malerkrankenkasse, die bekanntlich zu einem Erlaß der österreichischen Regierung zum Schutze unserer Berufskollegen gegen die Bleigesfahren geführt haben. Der wichtigste Punkt in der Verordnung ist das Verbot der Verwendung von Bleiweiß oder sonstigen bleihaltigen Farben und Mitteln zu Innenanstrichen.

Wie hat sich nun, fragt Dr. Telesky, unter der Wirkung dieser Verordnung die Häufigkeit der Bleivergiftung gestaltet? „Die Statistik der Krankentassen gibt uns hierüber Aufschluß, wobei ich allerdings bemerken will, daß neben den sanitären Vorschriften und Einrichtungen auch eine Reihe anderer Umstände — Art der zu verrichtenden Anstreicherarbeiten und andres — auf die Häufigkeit der Bleivergiftung von bestimmendem Einfluß sind. Ich werde deshalb auf diese Umstände hinweisen und ihre Wirkung darzulegen gezwungen sein.“ Leider ist die Statistik der Allg. Arbeiterkrankenkasse nicht so weit ausgestaltet, daß es möglich wäre, die in den verschiedenen Betrieben der Großindustrie als Anstreicher Beschäftigten als solche gesondert zu erfassen, so daß sich der Verfasser auf die Daten seines Krankenprotokolls beschränken muß.

Aus einer Holz- und zwei großen Eisenmöbelfabriken, aus denen 1906: 14, 1907: 7 Fälle in Behandlung des Dr. T. kamen, hat er im letzten Jahre keinen einzigen Fall von Bleivergiftung mehr in Behandlung gehabt. Das ist, schreibt Dr. T. wörtlich, darauf zurückzuführen, daß die Fabriken landwirtschaftlicher Maschinen freiwillig, die Möbelfabriken auf Grund der Verordnung die Bleifarbenverwendung eingestellt haben. Bemerkenswert ist, daß die Möbelfabriken in großer Menge weißgestrichene Möbel, weiße eiserne Werkstätten, Waschiische usw. erzeugen. Ausdrücklich ist noch hervorzuheben, daß schon vor Erlaß der Verordnung in den erwähnten großen Fabriken auf Antrag der Gewerbeinspektoren entsprechende Wasservorrichtungen vorhanden waren, daß aber trotzdem in diesen Betrieben alljährlich eine größere Zahl von Bleivergiftungsfällen vorkam.

Die wir uns nun der Statistik der genossenschaftlichen Krankenkasse der Maler, Anstreicher und Lackierer zuwenden, seien einige allgemeine Bemerkungen über Wert und Bedeutung der Krankentassenstatistik vorausgesetzt.

Die Krankentassenstatistik umfaßt nur jene Erkrankungen, die zur Arbeitsunfähigkeit geführt haben, oder — besser gesagt — jene, für die Krankengeld ausbezahlt wurde. Ob ein erkrankter Arbeiter Krankengeld beansprucht — dafür ist Einstellung der Arbeitsfähigkeit Voraussetzung — hängt nicht nur vom Vorhandensein einer Erkrankung, sondern auch von einer Reihe äußerer Umstände ab (Tagesverdienst, Arbeitslosigkeit usw.), auf die ich hier nicht eingehen kann, die aber in der Art ihrer Wirkung und ihrem Effekt sich in folgendem zusammenfassen lassen: Je geringer die Einbuße an Einnahme, je geringer die Differenz zwischen Arbeitsverdienst und Krankengeld, um so eher wird sich der Arbeiter entschließen, sich im Erkrankungsfall auch tatsächlich krank zu melden. Im Oktober 1904 fand eine Erhöhung des Krankengeldes statt, der ein Emporschnellen der Erkrankungshäufigkeit bei allen Arbeitergruppen im Jahre 1905 folgte. Im Jahre 1908 herrschte — da es ein schlechtes Baujahr war — unter den Anstreichern Arbeitslosigkeit (das geht aus der gerinamen durchschnittlichen Zahl der Mitglieder der Krankenkasse hervor), infolgedessen schnellte die Erkrankungsziffer jäh in die Höhe.

Die Krankenkasse führt ihre Statistik getrennt nach Anstreichern, Malern und Lackierern.

Anstreicher und Lackierer in Wien scharf zu trennen, ist eigentlich nicht gut möglich; die oben angegebene Trennung ist die von der Krankenkasse in ihrer Statistik angewendete. Nur bei Anstreichern und einzelnen Arten der Lackierer, zum Beispiel den Wagenlackierern, kommt der Frage der Bleiweißverwendung größere Bedeutung zu. Von den Malern wird Bleiweiß nur bei ganz besonderen Verrichtungen: Linieren, Lichteransetzen verwendet. Da diese genannten Verrichtungen fast nur bei der Bemalung von Plafonds mit Mustern, die Staffatur vorläufigen sollen, vorkommen, derartige Muster derzeit aber nicht modern sind, so wäre die Verwendung von Bleiweiß bei den Malern — auch wenn wir von dem Verbot ganz absehen würden — nur gering.

Nach den statistischen Ausweisen zeigt die Bleivergiftung unter den Malern eine sinkende Tendenz. Ich halte aber selbst diese absolut und relativ so kleinen Zahlen nicht für richtig. In einem Teil der Fälle dürfte es sich um Maler handeln, die zeitweise Anstreicherarbeit verrichteten.

Auch bei den Lackierern ist die absolute Zahl der Bleivergiftungsfälle so klein, daß es gewiß nicht an-

gänglich wäre, aus ihrem Sinken irgendwie weitergehende Schlüsse zu ziehen; ich will mich deshalb im folgenden ausschließlich mit den Angaben über die Anstreicher beschäftigen.

Wir sehen bei den Anstreichern das Gesamterkrankungsprozent mit einer einzigen Unterbrechung (1906) von 1901 bis 1908 ansteigen, und zwar von 43,61 auf 57,25; wie sehr das Erkrankungsprozent von äußeren Momenten abhängig, darauf habe ich oben hingewiesen. Rascher als das Gesamterkrankungsprozent stieg das Erkrankungsprozent an Bleivergiftungen in den Jahren 1901 bis 1906 mit einer Unterbrechung (1905).

Es begann nämlich gerade um die Jahrhundertwende der weiße und helle Anstrich modern zu werden. Währenddem früher Türen, Fensterläden, Wandverkleidungen, Möbel in Vorzimmern und Kinderzimmern einen dunkelbraunen oder dunkelgelben Anstrich erhielten, „ei dem man durch sogenannte „Lasteren“ die Holzmauerung imitierte — ein Anstrich, der ohne oder nur mit ganz geringer Verwendung von Bleiweiß hergestellt wurde — kam in diesen Jahren der weiße oder hellgraue Anstrich der oben genannten Gegenstände immer mehr in Mode, und damit nahm die Verwendung von Bleiweiß zunächst zu. Die Mode ist heute noch weiter in dieser Richtung fortgeschritten, auch der hellgraue Anstrich ist durch den glatten, rein weißen Anstrich immer mehr verdrängt worden, ein Umstand, der sich in der Arbeitsvermittlung der Anstreicher durch die fortwährend sinkende Nachfrage nach „Lasterern“ deutlich fühlbar macht. Heute dominiert bei allen besseren Anstreicherarbeiten der rein weiße Anstrich.

Trotz der weiteren Zunahme der „weißen“ Mode sehen wir vom Jahre 1907 an — dem Jahre, in dem die Erhebungen des k. k. Arbeitsstatistischen Amtes veröffentlicht wurden, die Expertenstatistik und eine lebhaftere Agitation in der Öffentlichkeit einsetzte, der dann das behördliche Bleiweißverbot folgte — ein rapides Sinken der Erkrankungshäufigkeit an Bleivergiftung. Und doch ist während dieser Zeit der weiße Anstrich nicht nur in immer größerem Umfang in Anwendung gekommen, sondern es sind von Wiener Anstreichern einzelne bestimmte Arbeiten ausgeführt worden, bei denen Bleifarbenverwendung gestattet ist, bei denen ein Minimum in Anwendung gelangte und die eine ungemein große Zahl von Bleivergiftungen verursachten. Es sind nämlich gerade in den Jahren seit 1908 in Wien eine Reihe von Eisenkonstruktionsarbeiten (Brücken, Gaswerke, Gasbehälter usw.) zur Ausführung gelangt, die Anlaß zu zahlreichen Bleivergiftungen gegeben haben. Es wäre wohl wünschenswert, wenn wir alle diese Arbeiter und ihre Erkrankungen bei unserer Statistik in Abzug zu bringen instande wären und so auf die eigentlichen Hausanreicherer und den Einfluß des Bleiweißes beschränken könnten. Das ist leider nicht in vollem Umfange möglich; der weitest größte Teil dieser oben erwähnten Eisenkonstruktionsarbeiten wurde von einer Firma ausgeführt, die während der Hauptzeit 150 bis 200 Arbeiter beschäftigt, die vorwiegend den Anstrich von solchen Arbeiten, in den letzten Jahren aber immer weniger den Hausanstrich übernimmt, bei diesem aber den Innenanstrich nur mit bleifreien Farben ausführt. Fast die Hälfte sämtlicher Bleivergiftungsfälle kam im Jahre 1910 auf diese Firma; die Bleivergiftung wird hier vor allem durch Minium verursacht.

Das Sinken der Bleivergiftungsfälle in den Ausweisen der Krankenkasse wäre also ein noch rapideres, wenn nicht durch Zunahme der Eisenkonstruktionsarbeiten neue Quellen der Bleivergiftung geschaffen worden wären. Die in Wien erzielten Resultate würden in noch besserem Maße erscheinen, wenn es nur möglich wäre, die eigentlichen Hausanreicherer gesondert zu erfassen.

Bei allen Krankheitsstatistiken kommt es natürlich auf die Diagnosenstellung an. Es ist deshalb vorsichtig, wenn man nicht das Verhalten der Bleivergiftung allein studiert, sondern auch solche Krankheitsgruppen zum Vergleich heranzieht, mit denen bei flüchtiger Untersuchung oder in leichteren Fällen eine Verwechslung möglich.

Was in der Krankentassenstatistik als „Bleivergiftung“ zur Ausweisung gelangt, sind — neben einzelnen Fällen von Bleihämung — Fälle von Bleistolik; denn die ganz chronischen Veränderungen an Blutgefäßen und Nieren werden von den Ärzten stets nach ihren klinischen Erscheinungen und pathologisch-anatomischen Veränderungen, kaum je nach ihrer Ätiologie (Lehre von der Ursache der Krankheit) bezeichnet. Eine Verwechslung der Bleistolik mit gewissen Erkrankungen des Magendarmtraktes ist bei flüchtiger Untersuchung oder bei ganz initialen Fällen möglich. Solche Erkrankungen sind: akuter und chronischer Magencatarrh, Magen-geschwür, akuter und chronischer Darmcatarrh, habituelle Obstipation, Gelbsucht, Gallensteine. Welche Veränderungen die Häufigkeit dieser Leiden seit 1905 erfahren, zeigt uns folgender Prozentsatz der Magen- und Darm-erkrankungen:

	Anstreicher	Lackierer	Maler
1905 . . .	4,11	1,68	0,34
1906 . . .	2,90	0,29	2,27
1907 . . .	3,56	2,06	1,41
1908 . . .	4,47	4,49	2,13

Für die früheren Jahre stehen mir diese Daten leider nicht zur Verfügung. Da sehen wir nun im Jahre 1906 mit seiner hohen Erkrankungshäufigkeit an Bleivergiftung eine auffallend niedrige Zahl an diesen Erkrankungen des Magendarmtraktes und eine noch immerhin niedrige 1907. Im Jahre 1908 erreicht sie ihre frühere Höhe, auf der sie von nun an verbleibt. Ich will zu geben, daß ich im Jahre 1906 — ich hatte Ende 1905 meine Stelle angetreten — da ich noch über geringere Erfahrungen verfügte, etwas freigebiger mit der Diagnose „Bleivergiftung“ war als später und daß die Verwechslung der Verhältnisse zwischen Bleivergiftung und den genannten Magen- und Darmkrankheiten vielleicht zum Teil hierauf zurückzuführen ist. Summieren wir aber im Jahre 1906 die Zahl der Bleivergiftungen und der genannten Magen- und Darmkrankheiten, so zeigt auch diese Summe eine höhere Zahl als in den folgenden Jahren. Ich glaube auch mit voller Sicherheit sagen zu können, daß mindestens seit 1908 sich in meiner Diagnosenstellung nichts änderte. Hingegen bin ich auf Grund meiner Erfahrungen überzeugt, daß seit ungefähr diesem Jahre die

übrigen Ärzte der Krankenkasse weit mehr geneigt sind, die Diagnose Bleivergiftung zu stellen. Einestheils deshalb, weil die Ärzte selbst in diesen Jahren oftmals von der Häufigkeit der Bleivergiftung unter den Anstreichern gelesen und gehört haben, andererseits deshalb, weil die Anstreicher, die so viel von Bleivergiftung in ihrem Verufe hörten, nun sehr geneigt sind, bei den verschiedensten Leiden das Bestehen einer Bleivergiftung anzunehmen und bereits mit dieser Diagnose zum Arzte kommen.

### Aus den Tarifämtern.

Verhandlungen vor dem Goutarifamt VI (Danzig).

Das Goutarifamt VI tagte zum ersten Male wieder nach Abschluß des neuen Tarifvertrages am 16. September d. J. Es waren nur zwei Streitfälle angelegt, wovon der eine (Tilfit) durch Entscheidung, der andre (Graudenz) durch Beweisbeschluß erledigt wurde. — Im übrigen wurde noch die Frage der Berufungsfrist durch eine Entscheidung erledigt.

Im Falle Graudenz hatten die Gehilfen Verurteilung eingelegt, weil das Ortstarifamt die zehnstündige Arbeitszeit anstatt wie bisher von 6 bis 6 Uhr auf 6½ bis 6¼ Uhr festsetzte. Die Arbeitgeber beantragten Abweisung der Berufung, weil nach ihrer Ansicht eine Einigung zustande gekommen sei, denn es habe nur ein Arbeiterbesitzer im Ortstarifamt gegen den Tarif gestimmt. Die Gehilfenvertreter bestritten das. Trotzdem diese Frage für das Goutarifamt, sobald es sich überhaupt um eine Entscheidung handelt — und daran ist hier nicht zu zweifeln — gar nicht ausschlaggebend sein kann, wurde beschlossen, zwecks Klarstellung der Sachlage beim Ortstarifamt in Graudenz anzufragen:

1. ob der Arbeitnehmerbesitzer S. allein gegen die Verlegung der Arbeitszeit oder gegen den ganzen Tarifvertrag gestimmt habe;
2. ob außer S. auch noch die beiden andern Arbeiterbesitzer gleichfalls gegen die Verlegung der Arbeitszeit gestimmt hätten.

In Tilfit wandten sich die Gehilfen dagegen, daß sie auch ferner Tapezierbürste und Schere liefern sollen. Dabei wiesen sie besonders auf die vielen zurücksendenden Gehilfen hin, die nur vorübergehend in Tilfit arbeiten. Es gebe dann fortwährend Streitigkeiten, weil keiner der fremden Gehilfen die erwähnten Werkzeuge besitzt. Es sei auch unbillig, für kurze Zeit die Anschaffung von Werkzeugen zu verlangen, die in andern Städten die Arbeitgeber liefern, während in Großstädten Tapezierarbeiten überhaupt nur von Spezialarbeitern ausgeführt würden.

Das Goutarifamt gab der Berufung nicht statt, weil sonst „die Arbeitgeber gegen früher mehr belastet“ würden. Dies sei aber nur zulässig, „wenn darüber eine Einigung erzielt wird“.

Die Frage der Berufungsfrist wurde während der Verhandlungen von den Arbeitgebern aufgeworfen. Darüber heißt es im amtlichen Protokoll: „Nach § 8 des Reichstarifvertrages müsse die Berufung gegen Entscheidungen eines Ortstarifamtes binnen 10 Tagen nach Zustellung der Entscheidung beim Goutarifamt eingelegt werden. Diese Frist sei hier nicht eingehalten worden. Trotzdem von Anfang März bis 26. Mai d. J. es im Malergewerbe eine tariflose Zeit gegeben habe, seien die einzelnen Tarifämter auf Grund der vom Haupttarifamt gegebenen Geschäftsordnung in Kraft geblieben. — Die Arbeitnehmer widersprachen dem. Ihrer Meinung nach hätten während der tariflosen Zeit die einzelnen Tarifämter aufgehört zu bestehen. Das Tarifamt für den Gau VI sei nach Beilegung der Streitigkeiten erst dann in Kraft getreten, nachdem von ihrer Seite die Mitglieder dieses Tarifamtes gewählt und dieses der zuständigen Stelle mitgeteilt worden sei. Der Obmann der Arbeitnehmer habe am 25. Juli dies getan und zugleich mit dieser Mitteilung dem Goutarifamt die Berufungen überfandt. Da die Parteien sich über diesen Punkt nicht einigen konnten, fällt das Goutarifamt folgenden Spruch:

Die Berufungsfrist ist in beiden vorliegenden Fällen eingehalten worden. Ein Goutarifamt bestand seit Anfang März d. J., zu welcher Zeit die tariflose Zeit begann, nicht mehr. Ein neues Goutarifamt wurde erst wieder gebildet, nachdem die einzelnen Organisationen die Mitglieder für dieses Amt gewählt und hiervon Mitteilung gemacht haben. Dieses ist am 25. Juli d. J. geschehen, an welchem Tage auch die Berufungen in den beiden zur Verhandlung stehenden Fällen eingelegt sind.

### Wirtschaftliche Rundschau.

Reformen im Sparkassenwesen — Erhöhungen des Zinsfußes — Hypothekarische und andre Geldanlagen — Rückwirkungen auf die Baugewerbe — Gesamtfrage.

Die seit Jahren vollständig veränderte Geldmarktlage hat mehr und mehr auch die Sparkassen zu einer Umwandlung ihres Geschäftsverhaltens gezwungen. Mancher alte Typus, den öffentliche Unternehmungen fast immer länger tragen als bewegliche privattapitalistische Konkurrenzbetriebe, ist dabei gefallen.

So die früher fast allgemein verbreitete Bestimmung, daß für die Verzinsung an die „Runden“ der Einzahlungsmonat sowie der Abhebungsmonat nicht rechnet. Dies ließ sich nicht länger aufrechterhalten, sowie der Wettbewerb der Großbankfilialen, die vom ersten bis zum letzten Tage der Einlage Zinsen gewähren, ein regerer wurde. Heute scheint die tägliche Verzinsung für die Spargelder fast einheitlich durchgeführt zu sein, und erst aus einer jüngsten offiziellen Mitteilung des Berliner Magistrats wurde man noch einmal an die „guten alten Zeiten“ erinnert: die Verzinsung in Berlin, welche bisher, wenn die Spargelder nicht in den ersten drei Tagen des Monats eingezahlt waren, erst von dem Anfang des folgenden Monats begann, soll „in Zukunft dekadenweise erfolgen, d. h. die Verzinsung wird für die an den ersten zehn Tagen des Monats eingeleigten Spargelder am 11. des Monats, bei den Einzahlungen vom 11. bis 20. des Monats am 21. und bei den von diesem Termin bis Ende des Monats erfolgten Einlagen am 1. des folgenden Monats beginnen“. Auch die Erleichterung der Einzahlungen und Abhebungen durch Vermehrung der Sparkassenstellen und durch Modernisierung der



ganzen Wirtschaftsentwicklung war mit der Zeit zu einem Uebermaß der Notwendigkeit geworden; gerade in Berlin mußte beispielsweise noch vor wenig Jahren entweder der Mann einen Tag Urlaub nehmen oder die Frau auf die Zubereitung des Mittagsmahles verzichten, wenn, besonders in der Weihnachtszeit, ein Teil der Gelder zurückgeholt werden sollte.

Die bedeutungsvollste Reform ist jedoch die Erhöhung des Zinsfußes selber, nachdem alle weitverbreiteten Formen des Zinses (der Privatbankrott, der offizielle Bankrott, die Depositenverzinsung der Sparkassen, der Hypothekenzinsfuß, die Staatsanleiherente, die Obligationenrente) sich längst und offenbar langdauernd auf ein höheres Niveau gehoben haben. In einzelnen, selbst großen Gemeinden des Stens herrscht heute für die Sparkassengelder noch immer ein Zinsfuß von 3 Proz. vor, allenfalls unter Erhöhung um auf längere Zeit gesperrte Einlagen. Diese Periode dürfte überall rasch zu Ende gehen. So haben die beiden großen Sparkassen in Hamburg ihren Zinsfuß schon von 2½ auf 3½ Proz. erhöht und sie gewähren bei gesperrten Einlagen sogar 4 Proz., ein Zinsfuß, der bereits in Mainz, Essen a. d. R. und Mülheim a. R. gewährt wird, von denen Essen und Mülheim gleichfalls bei Vereinbarung einer längeren Kündigungsfrist bis auf 4½ Proz. gehen. Mit 4½ Proz. verzinsen Spareinlagen: Sparkassentafel Dortmund, Sparkasse Freiburg i. Br., Stadtspar- und Pfandleihkasse-Verwaltungen Sagen i. W., Spar- und Pfandleihkasse-Verwaltungen Karlsruhe, Mannheim und Stuttgart (die beiden fehlen vom 1. Juli 1913 ab, vorher beide 3½ Proz.). Allmählich rücken hier die letzten widerstrebenden Klassen nach. So erhöht Leipzig ab 1. Januar 1914 den Zinsfuß von 3 auf 3½ Proz.; das bedeutet bei einem Einlagenbestande von rund 110 Millionen Mark eine jährliche Zinsmehrereinnahme der Stunden von rund 550 000 M. Kunnehr vollzieht auch Berlin vom 1. Januar 1914 ab den gleichen Uebergang von 3 auf 3½ Proz.

Manche neue Schwierigkeit entsteht dadurch natürlich für die Interessenten des Baugewerbes und des Hausbesitzes. Vielleicht überläßt man diese unangenehme Nachwirkung, denn im großen und ganzen haben sich doch die Sparkassen bei Hypothekengewährungen nicht von ihren besonderen inneren Verhältnissen, sondern von der allgemeinen Lage des Geldmarktes leiten lassen; sie haben an Aufseherische nichts verdrängt, weil sie zuhause die zuträglichsten Gelder „billiger“ erhielten. Aber immerhin enthält eine vermehrte eigene Geldzuführung einen stärkeren Anreiz, beim Zinsfuß für Hypothekendarlehen alle milderen Erwägungen und Rücksichten mehr als früher beiseite zu setzen. So berichtet man aus Leipzig gleichzeitig mit der Mitteilung über die Veränderung des Einlagezinsfußes: man werde, um wenigstens einen Teil dieser Mehrausgabe bereinzubringen, den Zinsfuß der alten 4- und 4½-prozentigen Hypotheken ab 1. April 1914 auf 4½ Proz. erhöhen; neue Hypotheken werden, wie schon seit Jahr und Tag, nur zu 4½ Proz. bewilligt. Für manchen Hausbesitzer und für das ganze Baugewerbe ist aber bei der heutigen Depression selbst die kleinste Verschärfung fühlbar.

Für Preußen ergibt die Sparkassenstatistik etwa folgendes Bild: Der Gesamtbestand der Einlagen betrug in Millionen Mark: zu Anfang des Jahres 1912: 11 311,00, zu Ende des Jahres 12 432,07. Von allen überhaupt zinsbar angelegten Kapitalien kamen

	1911	1912
	Prozent	Prozent
Auf städtische Hypotheken	40,57	42,13
Auf ländliche Hypotheken	19,96	19,07

Die Verbindung mit dem Haus- und Grundbesitz wird also im Durchschnitt den Hauptabfluß für die wieder anzulegenden Gelder (über 60 Proz.): erst in weitem Abstand reibt sich daran die Anlage in Inhaberpapieren, nach dem Bilanzwert mit 23,09 und 21,92 Proz. für 1911 und 1912, ferner die Anlage bei öffentlichen Anstalten mit 12,23 und 12,88 Proz.

Eine Hauptverlegenheit der Sparkassen bildete im den letzten Jahren die Erweiterung ihres Besitzes an Staats- und Kommunalanleihen. Daran wurde gewandt oft zurückgekommen, und hierin ist wohl der Tiefpunkt als erreicht anzusehen. Auch zeitweilig: Panik, wie während des Weltkrieges, haben sie kaum wieder zu fürchten. Durch die Zinsfußerhöhung haben sie die weitere Gefahr, die Konkurrenz der Depositenbanken, abzumildern gesucht: man muß abwarten, mit welchem Erfolg. Gerade Berlin, der mit Sparkassen überaus besetzte Ort, bedurfte der Reformen am dringendsten, denn hier waren zeitweise die Einlagen sogar absolut zurückgegangen: im Jahre 1912 nur noch weniger als 5,3 Milliarden Mark, während im Jahre 1911 doch noch immer eine Zunahme von 13,78 Milliarden Mark gebucht werden konnte. Im Gesamtsumme Preußen ist die Zunahme der Einlagen ununterbrochen geblieben, aber sie zeigt doch eine Abkühlung gegen die Vorjahre: sie betrug 1912 60 Milliarden Mark, vergl. oben die Anlagen und Entziffer von 1912, blieb damit aber zurück: nur 47 Milliarden Mark hinter der Zunahme von 1911, nur 17 Milliarden Mark hinter 1910, und noch immer nur 16 Milliarden Mark hinter 1909. Dabei haben Sparanstalten durch die Abkühlung ungewollt, aber zwecklos, sich auch die alte überhöhte Geschäftskategorie nicht zu wünschen übrig.

Karl Schippel

### Aus unserm Beruf.

Seine Seiten.

Um einen dringenden Bedürfnis abzuhelfen und den beiden Parteien eine besondere Freude zu machen, wird es nach dem vorliegenden Kampf nötig haben, wieder in Dresden eine „Freie Vereinigung“ von Facharbeitern, und zwar von Architekten gegründet, die eine Interessengruppe über sich angehört oder von sich ausgründet werden soll. Diese hatte zum 28. November eine öffentliche Versammlung nach dem Vorbild anderer, um die gemeinsamen Interessen ihrer Mitglieder zu fördern, durch die alle Dresdener Architekten in das Feld der Interessen der unorganisierten Arbeiter zu führen sollten. Ein Redner Schmidt, der ebenfalls niemals

einer Organisation angehört haben dürfte, führte ungeschicklich folgende aus:

Der Verband habe bei der Aussperrung eine falsche Taktik eingeschlagen (was daran falsch war, hat er allerdings verschwiegen), auch seien die Beiträge mit dem Gebotenen nicht in Einklang zu bringen, daher würden die circa 500 unorganisierten Gehilfen (?) nicht dem Verband beitreten. Da heutzutage jedoch alles organisiert sein müsse, wollte ihr Verein diese Leute sammeln. Lohnbewegungen wollten auch sie führen, doch müsse dieses auf friedlichem Wege im Einverständnis mit den Meistern geschehen; da der Gedanke, durch friedliche Vereinbarung Verträge abzuschließen, an Boden gewonnen habe (bei wem hat er vergessen zu sagen), wollten sie Lohnkämpfe vermeiden. Trotzdem kündigte er an, daß, wenn sie erst Geld hätten, auch Streikunterstützung gezahlt werden sollte und zwar 16 M. (pro Woche?), in den ersten Jahren sollte jedoch keinerlei Unterstützung gezahlt werden. Der Beitrag soll 40 Pfa. betragen und bei Arbeitslosigkeit soll bis zu zehn Wochen Dauer Beitragsbefreiung gewährt werden. Auch einen Arbeitsnachweis haben sie schon, der von einem Vorstandsmitglied — einem „Farbenreisenden“ M. — in dessen Wohnung verwahrt wird. Die Arbeitgeber hätten sich zur Inanspruchnahme bereit erklärt, die Innung habe jedoch noch nicht geantwortet. (Vielleicht nimmt auch der Farbenreisende gleich den ganzen Verein in seinem Musterloft mit zu den Arbeitgebern.) Wegen der Gründung hat man sich erst an die Gewerbetammer und die Polizei gewendet, und daß man dabei die lieben Meister nicht vergessen hat, versteht sich am Rande; heute man diese doch auch zu der Versammlung gleich mit eingeladen. Drei Meister und auch zwei Polizeimänner waren erschienen und nahmen an den referierten Tischen Platz. In Gegenwart dieser Herren machte es sich besonders schön, als Herr Schmidt mit Nachdruck betonte: „Werden unsere Mitglieder schikaniert, dann wissen wir, was wir zu tun haben. Einen Geschäftler haben wir schon verklagt!“

Ein Unglück kommt selten allein! Daher hatte sich auch unser Freund Holz, seines Zeichens 1. Vorsitzender der Neublaue, eingefunden, um in Gemeinschaft mit der geliebten Couleur dem alten Verbands ein auszuweichen. Auch er redete als zweiter von falscher Taktik, Konjunktur besser anzugehen, vom Sieg der Arbeitgeber, vom Hamburger Fall, dem Parteiprogramm, von den bösen Beamten, die alles nur allein machen wollen, die aber immer Angst um ihre Position haben, von dreifachen Bulldoggen, Lügnern, Ehrabschneidern und andern schönen Dingen aus dem Vortritt der Neublaue. Aber auch einige nach neublaue Auffassung ganz grundlegende Theorien hat er dabei aufgestellt. Er sagte:

1. „Durch den Reichstanz müssen die Kollegen zu der Auffassung kommen: Was brauchen wir noch einen Verband, wir bekommen unsere Löhnerhöhung ja auch so, durch die Schiedsprüche des Unparteiischen.“ — Ob der neue Verband noch mehr solcher naiven Seelen hat?
2. „Arbeitslosenunterstützung lähmt den Klassenkampf. Unterstützungsanstalten sind überhaupt nicht Aufgabe der Zentralverbände, es muß den einzelnen Orten überlassen bleiben, solche einzuführen! — Es besteht ja auch in verschiedenen Orten Stiftungen, wo die Kollegen etwas bekommen können!“

Scheinbar geht auch im „Neuen“ nicht mehr ohne Unterstützungen, da aber in der Zentrale kein Geld mehr übrig ist, verweist man die Mitglieder auf die Ortsgruppen — und die Rührigkeit der Gemeinden mit ihren „Stiftungen“ — also auf die Armenunterstützung. — Wahrlich, eine feine Nummer!

3. „Hätten wir keinen Verband gegründet, liefen heute die Kollegen unorganisiert herum. Dabei leidet der neue Verband trotz seiner beglückenden Ideen an Mitgliederchwund: In Leipzig allein hatte er im dritten Quartal 53 Mitglieder weniger als im Vorjahre; auch da scheinen die mit allem unzufriedenen Kollegen nicht das zu finden, was sie suchen.“

Anfang haben beide Richtungen in der von circa 65 Kollegen besuchten Versammlung nicht gefunden. Erst als einige unserer Mitglieder, die Kollegen Gauß, Anders und Spranger, das Wertvolle und vollkommene Ueberreichte dieser Zersplitterungsversuche geisteten, kam die Stimmung der Kollegen durch lebhaften Beifall zum Ausdruck.

Die Freie Vereinigung spielte eine wenig beneidenswerte Figur und keiner von dem Duzend der anwesenden Mitglieder griff in die Diskussion ein. Nur zum Schluß gab ein Kollege Vogel (dem Neublaue assistierte ein gewisser Jungvogel) als Grund der Neugründung die Erhebung von Ertragsbeiträgen während des Kampfes an. Kollege Koad führte ihn gründlich ab. Diese Versammlung dürfte diesen Herren wohl recht deutlich gezeigt haben, daß in Dresden für eine derartige Zersplitterung in erstklassigen Kollegenkreisen kein Boden ist. — Ob die geladenen Arbeitgeber wohl auf ihre Rechnung gekommen sind?

### Eingekandt.

Zur Nichtigkeitsklärung.

In der Nr. 4 des „S.A.“ erscheint nach Monaten, nachdem man schon glauben konnte, Berlin existiere für die Organisation nicht mehr, ein Situationsbericht, der an Objektivität alles zu wünschen übrig läßt. Wir haben nicht die Absicht, über die Vorgänge in Berlin eine Polemik im „S.A.“ herbeizuführen, wir haben aber auch nicht die Absicht, all das, was man uns in der letzten Zeit nachgerechnet hat und was man in verfeilter Form auch in diesem Bericht uns anhängt, widerspruchlos hinzunehmen. Nicht daß wir die Kleinlich-gehaltigen Anrempelungen zurückweisen wollen, diese richten sich von selbst, aber durch diesen „Bericht“ wird ein ganz falsches Bild über die Situation in Berlin entstehen, und dagegen müssen wir uns mit aller Entschiedenheit wenden. Wir sind deshalb genötigt, eine kurze Erklärung zu diesem „Situationsbericht“ zu geben.

Es heißt da zunächst: „Wir haben selbst kurz vor dem Terminablauf nicht soviel Bekanntheit gemacht, und was das inactiverende ist, nie so lebhaft wie jetzt und in den verflochtenen Wochen. Diese Kürzlichkeit wäre gewiß zu begrüssen, wenn die aufgewandte Energie nur dem Aufbau und der Festigung unserer Organisation zugunsten gekommen wäre, wie es nach jedem Lohnkampf notwendig ist. Doch ist hiervon leider nichts zu spüren“

gewesen und es wäre zu wünschen, daß nun endlich die neuen Strategen auch an diese Tätigkeit denken würden. Die bisherige Tätigkeit bestand einzig und allein in der Kritik und wir alle werden uns im Interesse der Organisation freuen, wenn die jetzt folgende Tätigkeit im Organisieren so ausdauernd und gewaltig sein sollte, wie die bisherige gewählte Kritik, dann werden wir mit Mitleidensschritten vorwärts gehen.“

Das heißt mit andern Worten: „Die böse Opposition, oder wie man sie in einem andern Jargon nennt, die Beamtenfresser und Rädler, haben bis jetzt an nichts anderes gedacht, als wie an das Herunterreißen der Einrichtungen der Organisation, sie haben durch ihre Kritik der Organisation nur geschadet und haben an irgend welche organisatorische Tätigkeit nicht gedacht“. Wir können es natürlich verstehen und können es auch dem Kollegen St. und andern Kollegen nachempfinden, — der Bericht ist doch sicher im Einverständnis mit der Ortsverwaltung geschrieben — wenn sie ungehalten über den Ausfall der Wahlen sind und ihrem gepreßten Herzen nun in diesem „Situationsbericht“ Luft machen. Es ist ja auch so einfach und bequem, um für alles, was geschieht, die Schuld von sich auf die Opposition abzuwälzen. Man wirft uns persönliche Kampfesweise vor, was ist aber dieser Bericht? Nichts als eine rein persönliche Anrempelung. Wir brauchen nicht besonders zu betonen, daß unsere Kritik innerlicher Ueberzeugung entspringen ist, es hätte seinen Zweck, mit Kollegen zu diskutieren, die von vornherein auf dem Standpunkt stehen: daß, was ihr da erzählt, entspringt nicht eurer Ueberzeugung. Es hieße aber das Recht der Kritik unterbinden, wenn derartige Anschuldigungen Platz greifen sollten, wie sie St. hier entwickelt. Wir verhehlen uns durchaus nicht, daß bei den Debatten manches nicht hätte gesagt werden sollen, wir verhehlen uns auch nicht, daß das persönliche Moment besser manchmal nicht so scharf hervorgetreten wäre. Die Frage ist nur die: Wer trägt mehr Schuld daran, die Ortsverwaltung oder die Opposition? Wir lehnen es entschieden ab, jetzt dauernd den Prügelstrafen für die Maßnahmen der Verwaltung abzugeben. Man ist es von Seiten der Verwaltung gewohnt, daß bis jetzt jede Opposition unter den Tisch fiel, nun es einmal anders gekommen ist, greift man in seiner Erregung zu Mitteln, die mit Anstand nur noch sehr wenig zu tun haben.

Wir wollen nicht auf alle Unrichtigkeiten in dem Bericht eingehen, nur noch ein paar Worte zu einem Punkt. Es heißt da unter andern: „Obwohl abseitig anerkannt wurde, daß dieses Mal mit einer Ausnahme die Berliner Delegierten im Sinne der Kollegen gestimmt haben, wurde es abgelehnt, die Zufriedenheit mit den Delegierten auszudrücken.“

Hier hat St. nur ein vergessen, nämlich, daß die Delegierten nicht auf einer, sondern auf drei Generalversammlungen anwesend waren. Da aber die Delegierten auf der außerordentlichen Generalversammlung durchaus nicht die Interessen der Berliner Kollegen vertreten haben, war es uns unmöglich, ihnen ein Vertrauensvotum auszusprechen, das sich doch auf alle Generalversammlungen erstreckte.

Zum Schluß heißt es dann: „Wir hoffen, daß damit der Kampf gegen den „innern“ Feind zu Ende ist und endlich nun der gegen unfern natürlichen Gegner mit desto frischerem Mut aufgenommen wird.“

Auch wir hoffen zuverlässlich, daß sich die „alten Strategen“ nun endlich mit der gegebenen Situation abfinden und den Kampf gegen den „innern“ Feind, hier die Opposition, aufgeben. Einmal kann man nicht hinwegberichten, nämlich, daß die böse Opposition die große Mehrheit der Berliner Kollegen hinter sich hat. So schwerhaft das auch für die „alten Strategen“ sein mag, die Wahlen haben es bewiesen, darüber kommt man nicht hinweg, wenn man sich nicht mit der Wahrheit in Widerspruch setzen will. Wir haben die Absicht, mit allen Kräften, wie es auch von unserer Seite bis jetzt immer geschehen ist, für die Organisation zu arbeiten; wenn aber in dieser Weise, wie hier im Bericht, gegen uns gearbeitet wird, dann müssen wir die Verantwortung für alle Folgen, die daraus entstehen, ablehnen.

Dies zur Aufklärung der Kollegen und betrachten wir hiermit die Sache für erledigt.

Hiel Bischoff, Gustav Kante, Franz Kaiser, Fritz Wesenid, Karl Weil, R. Bubbe, M. Weisig, G. Gelscus.

### Baugewerbliches.

Bautätigkeit.

Die diesjährige Bauaison nähert sich ihrem Ende, es kann sich also nur darum handeln, eine Prognose für die Bautätigkeit im Jahre 1914 aufzustellen. Da die Lage des städtischen Wohnungsmarktes sich in den letzten beiden Jahren — vom Standpunkte der Bauspekulation aus betrachtet — wesentlich gebessert hat und da ferner begründete Hoffnung auf eine Erleichterung der Geldmarktvhältnisse im nächsten Sommer vorhanden ist, rechnet man ziemlich allgemein mit einer lebhaften Belebung der Baukonjunktur. Darauf deuten auch die zahlreichen Neugründungen kleiner und mittlerer Bau- und Terraingesellschaften hin. Allerdings fehlt es nicht an pessimistischen Urteilen, die aber vielfach eine bestimmte Tendenz (Steuervollst. usw.) verfolgen. Wir stellen nachstehend einige Urteile von interessierter Stellen über die Aussichten der Baukonjunktur zusammen:

Zur Lage des Hypothekenmarktes erklärte der Vorsitzende des Aufsichtsrates der Neu-Wellen-B. G. für Grundstücksverwertung, Geheimrat Steinthal, daß die Beschaffung von Hypothekengeldern sich etwas leichter gestalten als vor zwei Monaten, wenn auch die Zinsfüße bisher eine Veränderung nicht erfahren haben. Man dürfe es erwarten, daß mit Eintreten ruhigerer politischer Verhältnisse ein Nachstrom von Savitalisten erfolgen wird, so daß das Geld im ersten Quartal n. J. flüssiger und die Beschaffung von Hypotheken leichter sein dürfte. Auch sei zu berücksichtigen, daß die Versicherungsgesellschaften, die infolge der unangünstigen Geldverhältnisse ihre eigenen Policen in größerem Umfang zu befehlen hatten, demnächst mit größeren Beiträgen am Markt sein werden. Mit der fortschreitenden Besanung sei zu erwarten, daß die Hypothekengelder eingehen werden.“

Die Terrain A. G. München-Nord-Ost schreibt: „Inmitten der Krise und Baugewerbe hatten



Im verflochtenen Jahre schwer unter der Ungunst politischer und wirtschaftlicher Verhältnisse zu leiden; die Kreditquellen waren vollständig verlegt, die Bautätigkeit lahmgelegt. Grund- und Hausbesitz ist überbürdet mit öffentlichen und Steuerlasten. Neben der Wertzuwachssteuer werden die Terraingesellschaften noch durch die enorm hohe Gewerbesteuer schwer getroffen.

Die Terraingesellschaft am Zoologischen Garten, Düsseldorf, hat im letzten Jahre trübe Erfahrungen gemacht: „Am Schluß unsres vorjährigen Geschäftsberichts glaubten wir der Erwartung Ausdruck geben zu dürfen, daß trotz der bekannten ungünstigen Lage des Grundstücksgeschäftes für das abgelaufene Geschäftsjahr ein besseres Ergebnis zu erwarten wäre. Leider haben sich diese Erwartungen, die sich an eine lebhaftere Nachfrage zu Anfang des Berichtsjahres knüpften, im weiteren Verlauf des Jahres nicht erfüllt. Im Gegenteil haben die verworrenen politischen Verhältnisse, die allgemeine Geldknappheit und die dadurch herbeigeführte Hypothekennot, die immer schwerer zu erfüllenden Belastungen und Abgaben im Immobiliengeschäft, insbesondere die drückende Wertzuwachssteuer mit ihren Härten und Unsicherheiten dazu geführt, das Grundstücksgeschäft zurzeit beinahe vollständig lahmzulegen. Nicht nur schlechteren eingeleitete Kaufverhandlungen mit solventen Käufern daran, daß diese vor den erwähnten Mißständen zurückschreckten, wir waren sogar genötigt, einige im Vorjahre abgeschlossene Verkäufe wieder rückgängig zu machen.“

Die Terrain A.-G. Berlin-Mariendorf schreibt: „Das Geschäftsjahr 1912 stand vollständig unter dem Einfluß der auf dem Grundstücks- und Hypothekemarkt herrschenden Depression, welche sich in den kleineren Vororten Berlins ganz besonders fühlbar machte. Für Mariendorfer Grundstücke waren erstklassige Bedingungen sehr schwer und nur unter ungünstigen Bedingungen erhältlich, für zweitklassige Bedingungen verlagte der Markt vollständig. Unter diesen Verhältnissen lag das Grundstücksgeschäft völlig darnieder, und es gelang nicht, irgendwelche Verkäufe zu tätigen. Die inzwischen erfolgte Eröffnung der Trabrennbahn Berlin-Mariendorf dürfte bei Eintritt besserer Zeiten für den Grundstücksmarkt zur schnelleren Besserung unsres Terrains beitragen. Mit dem Ausbau der Straße 19, welche unser Fabrikgelände aufschließt, wurde im abgelaufenen Geschäftsjahre begonnen.“

Ganz und gar von der Steuerpolitik abhängig ist die Konjunktur nach Ansicht der Verwaltung der Immobilien A.-G. Moris (in Liq.) in Nürnberg: „Nach Fertigstellung des Hauptamtelanalys Wobanstraße-Bahnhofstraße, dessen Ausführung wegen Erschließung des westlichen Teils unsres Besitzes dringend nötig wurde, konnten circa 650 Meter neue Straßen am Luisenpark hergesteilt werden, während sich noch circa 250 Meter im Bau befinden. Kanal und Straßen wurden durch die anhaltend flaute Geschäftslage im Baugewerbe verhältnismäßig billig ausgeführt. Die derzeitige Lage auf dem Terrainmarkt ist zweifellos höchst ungünstig. Nur durch eine baldige Milderung der sowohl Grund- und Hausbesitz schwer belastenden Gesetze und Bestimmungen kann das stark geschwundene Vertrauen für Sicherheit der auf Hypotheken hinausgegebenen Summen wieder befestigt werden. Wir nennen hier nur Wertzuwachssteuer, Umlagengesetz, Gebühren bei Besitzwechsel und Substantiation, sowie die Bestimmungen für Nießbrauchübertragung und Nießverpfändung. Solange hier nicht Wandel geschaffen ist, bleiben zahlreiche Existenzen schuldlos gefährdet; auch wird man mit Wohnungsmangel und schließlich mit einer Wohnungsnot zu rechnen haben. Der Fortfall der Reichswertzuwachssteuer ist zunächst als erster Schritt für die Wiederbelebung des Grundstücksmarktes zu begrüßen. Mögen auch Landtag und Gemeindevertretung die Frage prüfen, ob die stetig steigende Belastung des Grundbesitzes, welche den Immobilienverkehr nahezu lahmgelegt hat, nicht eine größere Schädigung im Wirtschaftsleben bedeutet, als der von Jahr zu Jahr abnehmende Wertzuwachssteuerertrag einbringt.“

### Gewerkschaftliches und Soziales.

Zur Arbeitslosenfürsorge nahm am 23. November eine Versammlung der Groß-Berliner Parteiorganisation Stellung. Das einleitende Referat hielt Reichstagsabgeordneter Rosenbuh. Einstimmig gelangte folgende Resolution zur Annahme:

Die wirtschaftliche Krise, verschärft durch die unflinige Sozialpolitik und durch die Rüstungs- und Kriegstreiberien, hat Hunderttausende Arbeiter der Grundlage ihrer Existenz beraubt. Längere Arbeitslosigkeit ist für die Arbeiterfamilie gleichbedeutend mit Not und Elend. Nicht wenige Arbeiter versinken während der Arbeitslosigkeit in den Sumpf des Lumpenproletariats oder werden auf die Bahn des Verbrechens getrieben. Diesem Uebel entgegenzuwirken ist eine der dringendsten Aufgaben von Reich, Staat und Gemeinde. Die beste Hilfe für den Arbeitslosen ist, lohnende Arbeit zu erhalten. Die Versammlung fordert daher, daß die Arbeiten, die in nächster Zeit für Reich, Staat und Gemeinde ausgeführt werden müssen, unverzüglich in Angriff genommen werden. Ferner sind die Arbeitslosen, für die Arbeit nicht zu erlangen ist, zu unterstützen.

Die Versammlung fordert die Schaffung eines Reichsgesetzes zur Durchführung einer Arbeitslosenversicherung mit voller Selbstverwaltung durch die Versicherten. Die Versammlung fordert ferner, daß die Gemeinden ohne Verzug ausreichende Mittel zur Verfügung stellen, von denen Arbeitslose für die Zeit Unterstützung erhalten, bis eine gesetzliche Regelung durch eine Arbeitslosenversicherung herbeigeführt ist. Diese Unterstützung darf nicht den Charakter der Armenunterstützung mit den rechtlichen Nachteilen tragen.

Die Städte und die Arbeitslosenversicherung. Der Vorstand des Deutschen Städtetages hat sich am 22. November in seiner Sitzung mit der Frage der Arbeitslosenversicherung beschäftigt. Der Vorstand hat an den bekannten Thezen des Bonener Städtetages 1911 festgehalten. Weiter stellte er folgende Tatsachen fest: Die in großem Umfange von den Städten verankalteten Volksarbeiten stellen eine allgemeine

Lösung der Arbeitslosenfrage ebenso wenig dar, wie die jetzt von verschiedenen deutschen Städten durchgeführten Versuche, eine städtische Arbeitslosenversicherung einzurichten. Die Arbeitslosenversicherung ist nur als Reichssache möglich. Auf einen Antrag des Vorstandes des Deutschen Städtetages vom 25. September 1911, der Bundesrat wolle ein Gesetz zur Regelung der Arbeitslosenversicherung in den Weierfallon-Gewerben einbringen, ist leider von der Reichsregierung eine Antwort nicht erteilt worden. Auch Reichs- und Staatszuschüsse zu städtischen Anstalten sind nicht gewährt worden. Ebenfalls ist dem Wunsche einzelner Städte nach Ermächtigung zur Einführung einer Zwangsversicherung durch die Reichsregierung entsprochen worden. Dagegen sind gemeinnützige Arbeitsnachweise, die zur Vermittelung der Arbeitslosigkeit sehr wirksam beitragen, von Städten in steigendem Maße ausgebaut oder durch Unterstüßungen gefördert worden. So gab es beispielsweise in den 123 preussischen Städten mit über 25 000 Einwohnern an städtischen oder städtisch unterstüßten Arbeitsnachweisen 85 1910, 94 Anfang 1911, 106 Anfang 1912 und 115 Anfang 1913.

Arbeitslosigkeit in Berlin. Die Berliner Gewerkschaftskommission hat Mitte November eine Stichprobe der Arbeitslosenzahlen vornehmen lassen und das Resultat im „Vorwärts“ vom 23. November veröffentlicht. Von den der Kommission angeschlossen 56 Gewerkschaften haben 46 — darunter die größten — Angaben gemacht. Daraus ist festgestellt, daß von den rund 306 000 Mitgliedern dieser Gewerkschaften zurzeit rund 25 000 oder 8,2 Proz. arbeitslos sind. Unter diesen befinden sich 1200 Verbandslose. Diese Zahl steht einwandfrei fest. Doch das ist nur ein kleiner Teil der in Groß-Berlin wirklich vorhandener Arbeitslosen. Die erwähnten 306 000 Gewerkschaftsmitglieder bilden ziemlich genau drei Zehntel aller Beschäftigten. Da die übrigen sieben Zehntel der Groß-Berliner Arbeiterschaft mindestens im gleichen Maße von der Arbeitslosigkeit betroffen werden wie die Organisierten, so kann man annehmen, daß zurzeit annähernd 100 000 Arbeitslose in Groß-Berlin vorhanden sind.

Eine Petition zur Vinderung der Arbeitslosigkeit haben die Groß-Berliner Gemeinden gemeinschaftlich an den Reichstanzler gerichtet. Dieser wird ersucht, die reichsgesetzliche Regelung der Zwangsversicherung gegen die Arbeitslosigkeit, in erster Linie für das Baugewerbe, sodann aber auch in andern, erfahrungsgemäß von Perioden wiederkehrender Arbeitslosigkeit betroffenen Erwerbszweigen alsbald in die Wege zu leiten. Unterzeichnet ist die Petition von den Stadtgemeinden Berlin, Charlottenburg, Schöneberg, Wilmersdorf, Neukölln, Köpenick, Lichtenberg, Spandau und den Landgemeinden Friedenau, Steglitz, Treptow, Pantow, Weißensee, Lichterfelde und Reinickendorf.

Worte des Hohenzollern. Wir haben in Nr. 47 des „N.A.“ die unerschämte Innuendo der „Arbeiterzeitung“ bezüglich ihrer Stellung zur Arbeitslosenunterstützung durch die Gewerkschaften zurückgewiesen und nun kommt die „Nordd. Allg. Ztg.“ mit demselben Kohl, den sie wohl aus der Schachmacherpresse entnommen hat. Das Regierungsorgan hat für die große Not unzähliger Arbeiterfamilien aber nur Worte des Hohenzollern und des Spottes. Das Genet Arbeitslosenunterstützungssystem wird von dem Kanzlerblatt mit einer wegwerfenden Handbewegung abgetan. Es meint: „Eine gewisse Berechtigung zusprechen könnte man dem System nur, wenn alle Arbeiter und namentlich die ungelerneten davon profitieren.“ Dann höhnt das Blatt: die Gewerkschaften möchten doch ihre ungeheuren Mittel, aufstait sie für Streiks auszugeben, den Arbeitslosen zuwenden. Eine Unterstützung der arbeitslosen Gewerkschaftsmitglieder aus Staats- und Gemeindegeldern sei gleichbedeutend mit der Stärkung des Streikfonds der Gewerkschaften. Uebrigens litten, so behauptet das Blatt, die kleinen Handwerker noch mehr als die Arbeiter unter dem Niedergang der Konjunktur. Dann heißt es wörtlich:

Es soll nicht geleugnet werden, daß eine große Zahl von Arbeitern unverschuldet arbeitslos wird, so läßt sich doch die Frage, wo hier die Grenze liegt, wer schuldlos und wer verschuldet arbeitslos geworden ist, außerordentlich schwer entscheiden. Die arbeitslosen Elemente werden sich naturgemäß in allererster Linie zur Arbeitslosenunterstützung herandrängen und keine ernsthafte Versuche machen, Arbeit zu erhalten. Die Arbeitslosenversicherung kann überdies im Gegensatz zu den übrigen Zweigen der Arbeiterversicherung, bei denen der einzelne Versicherungsfall genau feststellbar ist, nicht auf versicherungstechnischer Basis begründet werden.“

Es hat beinahe den Anschein, als ob das schon die Antwort der Regierung auf die Interpellation im Reichstags zur Arbeitslosenfürsorge wäre. Und zu einer solchen Regierung soll man auch Vertrauen haben?

Die armen Kapitalisten. Weil das Kapital die Last nicht tragen könnte, darum will die Reichsregierung von einer Arbeitslosenunterstützung mit Beitragsleistung der Unternehmer nichts wissen. „Zurzeit“ wenigstens nicht! So hört man's immer: „Jetzt nicht, später!“ Ist die Konjunktur gut, dann eilt die Sache nicht; ist sie schlecht, dann läßt sich's nicht machen. Zurzeit schon deshalb nicht, weil die Erweiterung der Reichsversicherungssordnung und die Angestelltenversicherung neue große Lasten für das Unternehmertum gebracht hätten. Die Sorge um das Wohl der Kapitalisten ist geradezu rührend. Aber sie findet in den tatsächlichen Verhältnissen keine Berechtigung. Trotz der angeblich gewaltig angefallenen sozialen Lasten macht die Vermögensbildung riesige Fortschritte. Obwohl große Summen verschleiert werden, obwohl die Vermögensstatistik alle Vermögen unter 6000 Mk. unberücksichtigt läßt, ferner solche bis 20 000 Mk., deren Wert über keine 2000 Mk. Einkommen versteuert, schwillt das steuerpflichtige Vermögen in Preußen ganz gewaltig an. Es liegt von

63578 Millionen Mark im Jahre 1896 auf 82410 „ „ „ 1905 und auf 104052 „ „ „ 1912

Bis zum Jahre 1905 nahm das Gesamtvermögen jährlich um rund 2000 Millionen Mark zu. Von 1905 bis 1908 ergab der jährliche Zuwachs rund 3000 Millionen Mark, seit 1908 aber schon 4168 Millionen Mark. Während angeblich die sozialen Lasten immer drückender werden, die Industrie an den Rand des Zusammenbruchs führen, wächst das Vermögen der Besitzenden schneller und schneller. Die Forderung nach Einführung einer Arbeitslosenversicherung soll trotzdem, weil zu hohe Ansprüche an das Kapital stellend, zurückgewiesen werden. Einen andern Maßstab dafür, ob die städtischen noch die „Last“ einer Arbeitslosenversicherung auf sich nehmen können, mögen die industriellen Profite geben, soweit sie in der Statistik der deutschen Aktiengesellschaften zutage treten. Ein hares vollkommenes Bild gibt diese Statistik von den Geschäftsergebnissen und Gewinnen bekanntlich nicht. Hohe Einkünfte kommen in den Heberschüssen nicht in Erscheinung, da sie durch verdeckte Kanäle in die Taschen der Laikeme- und Dividendenberechtigten fließen. Nach der Statistik erzielten:

Jahr	Zahl der Gesellschaften	Reingewinn Millionen Mk.	Dividende Millionen Pfr.	in Brg.
1907/08	4578	1280	1022	8,07
1908/09	4579	1144	960	7,38
1909/10	4607	1287	1044	7,76
1910/11	4680	1394	1133	8,09
1911/12	4712	1470	1221	8,39

In den letzten Jahren ist die Durchschnittsdividende beträchtlich gestiegen, obwohl die Industrie angeblich unter der Last der unaufhörlich wachsenden sozialen Lasten und steigenden Löhne zusammenbrechen muß. Wer soll denn nun glauben, daß die Industrie nicht mehr rentabel sei, wenn von den über 1200 Millionen Mark Dividende 100 Millionen für eine Arbeitslosenversicherung Verwendung finden? Ein solch kleiner Überlaß schmerzt das Kapital wenig, aber es wäre ein Mittel, um aus ungezählten Profitarierfamilien Not, Elend und Verzweiflung, Zerrüttung der Gesundheit, Spleen und vorzeitiges Sterben zu bannen. Nicht nur das! Eine ordentlich ausgebaute Arbeitslosenversicherung erspart den Gemeinden viele Millionen Mark Armenlasten, den Krankenkassen und der Invaliditätsversicherung unberechenbare Ausgaben, die nur für Kranke und Invaliden erforderlich werden, die nur das Opfer andauernder Arbeitslosigkeit und der Unterernährung sind. Gegenüber den wirklichen Verlusten, angesichts der raschen Vermögenszunahme, der steigenden Rentabilitätsziffern kann die Regierung den angegebenen Grund für ihr ablehnendes Verhalten nicht verteidigen. Die Ausrede von der schweren Last und der zu schwachen Industrie muß sie preisgeben. Nicht weil man nicht kann, sondern weil man nicht will, weil man die Arbeitslosigkeit als Mittel des Lohnbruchs gebraucht, darum irrt man sich gegen die Forderung der Arbeiterschaft.

### Koalitionsrecht und geistige Arbeit.

Am 18. November referierte in München über obiges Thema der Reichstagsabgeordnete Wolfgang Heine in einer Versammlung des Bundes freier geistlicher Akademiker. Die „M. Post“ brachte einen ausführlichen Bericht von den interessantesten Ausführungen, dem wir folgendes entnehmen: In diesen Tagen ertönte von der Vertretung der „freigeistlich denkenden“ Industrie- und Handelskreise, dem Hansabund, eine schmetternde Fanfare gegen das Koalitionsrecht der Arbeiter, die darauf hinausläuft, das Koalitionsrecht unmöglich zu machen, verschärfte und beschleunigte Strafbestimmungen gegen sogenannte Ausschreitungen herbeizuführen und allgemeine Anweisungen an die Verwaltungsbehörden zu erzwängen, die eine Verhinderung des Streikpostens bezwecken. Dagegen soll das Koalitionsrecht der Arbeitgeber, ihr Zwang gegen andre Arbeitgeber, gegen ihre Arbeiter, das System der Entrechnung durch Privatverträge, durch Konventionalkonflikte und schwarze Listen völlig unangefastet bleiben. Dem Arbeiter soll jeder Schutz verweigert, die Mittel zur Selbsthilfe genommen, seine Organisationsstellen ausgeplündert werden, das ist das Ziel, worauf der Hansabund hinaus will. Daß diese Organisation, die vor zwei Jahren mit der Ankündigung ins Leben trat, dem Liberalismus zu neuem Leben zu verhelfen, sich die raktionärsten Maschinenfabriken dienstbar macht, das gibt zu denken. Man beobachtet in der Politik nicht selten eine Art Entwicklung von Massengeisteskrankheiten, es werden allgemeine Unwahrheiten und Lügen verbreitet, die schließlich, da jeder sie hört, Allgemeingut werden. Es sei nur hingewiesen auf die Vorgänge bei dem sogenannten Umsturzgesetz im Jahre 1894, dem Zuchthausgesetz 1899, das dann eine Ablehnung erlebte, so schimpflich, wie noch nie ein Gesetzesentwurf der Regierung behandelt worden ist. Danach war es eine Reihe von Jahren still, man hörte eine Zeitlang nichts von der Notwendigkeit eines neuen Gesetzes gegen das Koalitionsrecht. Allmählich aber steigt die trübe Flut wieder an. Schmutzkübel der Verleumdung werden zusammengetragen, Giftstrahlen des Egoismus und des Hasses hineingespritzt. Die eigentlichen Giftmischer sind Leute, die sehr wohl wissen, was sie wollen. Diese ganze Kampagne richtet sich nur zum Teil gegen das Koalitionsrecht der Arbeiter. Auch andre Berufe, Techniker, Privatbeamte, Staatsbeamte, Schriftsteller, Künstler beginnen keinen Wert einzusetzen und gegen ihr Koalitionsrecht richtet sich derselbe Haß, ja er geht gegen jede selbständige Tätigkeit des Volkes überhaupt. Heute schon ist das Koalitionsrecht der Arbeiter von tausend Ketten und Fesseln eingeschmürt. In Ausübung ihres Koalitionsrechts gegen andre Arbeitgeber oder Arbeiter unternommen werden, werden von den Behörden unterstützt, entschuldigt, nach Möglichkeit in der Öffentlichkeit als unbedenkliche Handlungen hingenommen oder verschwiegen. Es ist nicht möglich, das Koalitionsrecht der Angestellten, wie es der Hansabund fordert, noch mehr zu beschränken, ohne es praktisch völlig aufzuheben. Daß die Staatsbürger zur Erlämpfung gemeinsamer, sittlich nicht verwirklichter Ziele zusammenschließen, ist nicht nur ihr Recht, sondern ihre Pflicht. Auch das Streben der arbeitenden Klasse nach eigener Wohlfahrt, nach



und Macht liegt im Interesse des Gemeinwesens. Der Kampf der Arbeiter um mehr Brot ist ein sittlicher Kampf. Schutz dem Koalitionsrecht müsste die Forderung lauten, auch Schutz durch die Strafgesetze, und zwar zur moralischen Kennzeichnung. Auch das Koalitionsrecht hat Grenzen seiner Ausübung in den Gesetzen. Schon jetzt bestehen Ausnahmegesetze gegen das Koalitionsrecht und es werden allgemeine Gesetze in einer sinnwidrigen Weise zu seiner Unterdrückung angewendet. Das geschieht einseitig gegen das Koalitionsrecht der Arbeiter. Das Koalitionsrecht ist ein unentbehrliches Grundrecht, es ist unverzichtbar. Alle diese Dinge sind seit Jahren bekannt. Das Merkwürdige ist nun die Gleichgültigkeit der freihellend denkenden bürgerlichen Kreise gegenüber diesen ungeheuren Ungerechtigkeiten, ganz besonders merkwürdig und töricht die Gleichgültigkeit der in ihrem Leben geistig orientierten, namentlich der geistigen Arbeiter. Diese haben wahrhaftig das Koalitionsrecht so nötig wie die Handarbeiter. Unser Erport müßt die viel zu billige Entlohnung unserer Techniker, Erfinder, Stümpfer aus. Auf die Dauer heißt das schließlich vom nationalen Kapital zehren. Fortpflanzungsfähigkeit ist nationales Kapital. Aber wo ist die rückläufige Bewegung, die Abnahme des Zuwachses am stärksten? Zweifellos bei dem geistig arbeitenden Mittelstand, der verdammt ist, viel zu spät heiraten zu können und der die Unmöglichkeit vor sich sieht, eine größere Anzahl von Kindern heranzuziehen. Die wirtschaftliche Abhängigkeit und Unsicherheit unserer geistig Arbeitenden zerstört geradezu die Fähigkeit zum Schaffen. Die Schuld liegt fast überall bei den Arbeitgebern, den Ausbeutern, vorab beim Staat, der sich immer mehr darauf einrichtet, sich etwas schenken zu lassen. Seit hundert Jahren nimmt er die Leistungen der geistigen Arbeiter halb umsonst und verlangt dafür noch Verzicht auf persönliche Freiheit und Ehre verlangt, daß er seine politische Ueberzeugung, sein freies Handeln dieser Hungertodes zum Opfer bringt. Der zweite Feind ist der Großkapitalismus mit seinen Konkurrenzkaufen, mit seinen Forderungen nach Ehrenwortversprechungen und seinen gegenseitigen Abmachungen. Es ist heute nicht nötig, als daß die geistigen Arbeiter in Verbindung bleiben mit der politischen Umgestaltung unserer nationalen und öffentlichen rechtlichen Verhältnisse. Würde die Arbeiterschaft zu solchen herabgedrückt, so ginge es den geistigen Arbeitern erst recht so. Darum sollen sich die geistigen Arbeiter anlehnen an das Volk und nicht an die Mächtigen und die Herren, die sie nur ausnützen und heillos werfen, nicht an den Staat, für den der geistige Arbeiter adelslos Junge mehr hebet, als einer, der etwas gelernt hat. Der geistige Arbeiter soll sich an das Volk anlehnen. Dort findet geistiges Streben wahrhaftig mehr Widerhall bei Staat und Kapitalisten. Unsere Arbeiterbewegung ist durch und durch mit geistigen Motiven durchsetzt, vom Geiste erfüllt, so materialistisch sie auch scheinen mag. Dort und nur dort ist auch der Platz für die geistigen Arbeiter."

**Die Sozialreformer und das gewerbliche Einigungs-  
wesen.**

Auf der Düsseldorf'er Tagung der Gesellschaft für soziale Reform forderte Professor Dr. Zimmermann die Einführung eines Projektverfahrens, jedoch nicht des unpraktischen Zivilprojekts, für die Einigungsämter, die Vorkonflikte der von ihnen geschlossenen Vereinbarungen und die Einführung eines Instanzenzuges, als dessen oberste Instanz ein Reichseinigungsamt fungieren soll, über dessen Einrichtung Staatsminister Hr. v. Berlepsch Vorschläge machte. Mit besonderem Nachdruck erklärte dieser, daß in Zukunft Streiks und Aussetzungen mit ihren verheerenden Folgen wenigstens nicht früher begonnen werden sollen, als nicht das Reichseinigungsamt vernichtet und beide Parteien ihre Stellung und die Ursachen des Konflikts vor dem Amt öffentlich dargelegt haben. In der sehr lebhaften Debatte blieben einige Christliche über "Unterdrückung" des Gewerkschaftsbundes durch den Ruchbruderverband klagen und die Zartgenossenschaft anzuregen zu sollen, was deren zweiter Vorsitzender Dr. Friedemann zurückwies. Vizepräsident Rath-Gönn verlangte bei der Verhandlung der Reichsgesetzgebung Errichtung von Einigungsämtern auf dem Verwaltungswege und in den größeren Gemeinden. Genosse Sinnig erklärte die grundsätzliche Zustimmung der freien Gewerkschaften zur Errichtung eines Reichseinigungsamtes; er verwarf aber nicht das schwere Misstrauen der Arbeiter gegen die heutige Paragrafen. Hr. v. Berlepsch stellte sich über die zukünftige Errichtung Sinnigs, der hinzuzusetzen hatte, daß das Reichseinigungsamt natürlich die Abhängigkeiten niemals aufheben, wohl aber die Ausbeuterleistungen humanisieren könne. Von den Unterzeichnergruppen wurde bemerkt, was auch ein Beweis dafür ist, wer den Frieden will. Hr. v. Berlepsch erklärte hier, man wisse ja, daß die Unternehmung vom Reichseinigungsamt nicht wissen wollen, weil sie von den Arbeitsverhältnissen nichts wissen wollen — aber diese Unternehmung sei eine glückliche Gestaltung der Produktionsverhältnisse gar nicht möglich!

**Arbeiterversicherung.**

Die freiwilligen Mitgliedschaften bei den Krankenkassen haben im letzten Jahre einen Anstieg erfahren, während die Mitgliedschaft bei den Krankenkassen als Zahl der freiwillig Fortgesetzten, als die Zahl derjenigen, welche sich der Versicherungspflicht des Reichs-Gesetzes entziehen, sich abnimmt. Dieses Abnehmen ist ein sehr wichtiger Umstand und hat mit dem Anstiege der Krankenkassen und dem Anstiege der Zahl der freiwillig Fortgesetzten am 1. Januar 1913 ein neues Stadium erreicht. Allgemeinere Überlegungen über die bestehenden freiwilligen Mitgliedschaften. Die bestehenden freiwilligen Mitgliedschaften sind im letzten Jahre um 100000 Mitglieder gewachsen. Dagegen haben die freiwilligen Mitgliedschaften bei der neuen Klasse, die im letzten Jahre neu gebildet wurde, nur ein Recht auf Mitgliedschaft bei der neuen Klasse. Daraus ist zu sehen, daß die freiwilligen Mitgliedschaften bei der neuen Klasse nicht mehr so stark anwachsen, wie bei der alten Klasse. Dies ist ein wichtiger Umstand, der zu berücksichtigen ist. Er zeigt, daß die freiwilligen Mitgliedschaften bei der neuen Klasse nicht mehr so stark anwachsen, wie bei der alten Klasse. Dies ist ein wichtiger Umstand, der zu berücksichtigen ist.

lung erklärt, seine freiwillige Mitgliedschaft solle fortgeführt werden; z. B. dürfte die Weiterzahlung der Beiträge der neuen Krankenkasse hierfür genügen. Natürlich müssen die Zahlungsfristen bzw. Zahlungs-termine pünktlich eingehalten werden, weil die freiwillige Mitgliedschaft verfällt, wenn zwei Zahlungsstermine verfallen sind; hat das Mitglied schon bei der eingehenden Klasse einen Zahlungsstermin verfallen, so erlischt bereits seine Mitgliedschaft, wenn es den nächsten Zahlungstag bei der neuen Klasse auch verfallen läßt.

Die Reichsversicherungsordnung bringt für die freiwillige Mitgliedschaft mit dem 1. Januar 1914 eine Änderung, die vor allem für Arbeiter von großer Wichtigkeit ist: Nach § 313 R. V. O. kann während der freiwilligen Mitgliedschaft für eine niedere Beitragsklasse gesteuert werden. Hauptsächlich trägt dieses Recht dazu bei, daß auch in Zeiten der Arbeitslosigkeit jedes Mitglied die Krankenversicherung beibehält; eine solche Erklärung muß jetzt innerhalb einer Woche nach Ablauf der Versicherung bei der Klasse abgegeben werden. Die Reichsversicherungsordnung verlängert zwar diese Frist auf drei Wochen; da aber sonst Nachteile möglich sind, empfiehlt es sich, auch dann innerhalb einer Woche die Erklärung abzugeben.

**Gewerbe- und soziale Hygiene.**

**Tuberkulose und soziale Lage.**

„Daß überhaupt die soziale Lage im engen Zusammenhang mit der Entstehung der Tuberkulose steht, das ist eine Tatsache, die heute wohl allgemein, sowohl von Ärzten, wie von Statistiken, Nationalökonomien und praktischen Politikern anerkannt wird. Man kann heute von einer sozialen Disposition zur Tuberkulose mit demselben Recht sprechen wie von einer Individuelle zu dieser Krankheit.“ Diese bedeutenden Worte schreibt Professor W. Mosse in dem großen von ihm und Dr. G. Eugendreich herausgegebenen Sammelwerk „Krankheit und soziale Lage“ (München, Lehmanns Verlag, 1913) gelegentlich seiner Untersuchungen über den Einfluß der sozialen Verhältnisse auf die Tuberkulose. Man glaubt heute vielfach in leuchtenden Kreisen, alles zur Bekämpfung der furchtbaren Volkskrankheit getan zu haben, wenn man auf den weiteren Ausbau der Tuberkulose-Heilstätten und auf die Aufklärung der Massen über die Ansteckungsgefahren der Krankheit bedacht ist, und vergißt dabei, um wie viel wichtiger als diese beiden Faktoren, die gewiß nicht unterschätzt werden sollen, die Hebung der sozialen Lage, die Verbesserung der Wohnungs- und Ernährungsverhältnisse der breiten Volksmassen ist. Professor Mosse gibt zum Beleg für diese aus von ihm geteilte Ansicht ein wenn auch größtenteils schon bekanntes, so doch besonders gut zusammengefaßtes statistisches Material, aus dem nachstehend die wichtigsten Daten mitgeteilt seien.

Von allen Krankheiten ist es die Tuberkulose, die die meisten Opfer fordert. In Preußen raffe sie im Jahre 1910 von je 10000 Lebenden 15 dahin und 9,2 von je 100 Todesfällen waren auf ihr Konto zu setzen. Das bedeutet jährlich schon einen weitläufigen Fortschritt gegen das Jahr 1875, in dem von 10000 Lebenden 32 an der furchtbaren Krankheit starben und 12,3 Proz. aller Todesfälle durch sie verursacht wurden. Immerhin scheint der Opferzug noch lang genug, besonders, wenn man die absoluten Zahlen ins Auge faßt, die besagen, daß Preußen jährlich 60000, Deutschland 105000 Menschen durch die Seuche verliert.

Nicht alle Lebensalter sind beinahe gleich in gleicher Weise von der Krankheit bedroht. Einer starken Gefährdung des ersten Lebensjahres, in dem 20,9 von je 10000 Lebenden durch sie dahingerafft werden, steht eine verhältnismäßige Immunität des eigentlichen Kindesalters (zirka 5 pro 10000) gegenüber. Nach dem 15. Lebensjahre mehrt sich aber die Zahl der Todesfälle rasch. Im Alter von 15 bis 20 Jahren sterben 13,4 von je 10000 Personen an Schwindsucht; 39,4 Proz., also rund zwei Fünftel aller Todesfälle sind auf ihr Konto zu setzen. Am schwersten ist das Alter von 20 bis 25 Jahren durch sie bedroht, in dem 42,2 Proz., d. h. fast die Hälfte aller Todesfälle, durch sie verursacht werden und die jährliche Sterbeziffer an Tuberkulose 20,6 pro 10000 Lebende beträgt. In den Altersklassen von 25 bis 60 Jahren sinkt dann der Prozentsatz der an Tuberkulose Verstorbenen allmählich von 12 auf 13 herab und das eigentliche Greisenalter ist überhaupt fast vollständig von ihr verschont. Im Gegensatz zu dem meisten andern Krankheiten sucht sich die Tuberkulose ihre Opfer gerade unter den im blühendsten und leistungsfähigsten Alter stehenden Teilen der Bevölkerung, was ihre soziale und menschliche Furchtbarkeit noch erhöht.

Aber auch in diesen Altersklassen greift sie nicht wahllos zu. Sie weiß sehr wohl Unterschiede zwischen den auf den Höhen des Lebens und den in seinen Niederungen Wandelnden zu machen, ja diese Unterschiede sind weit größer als die durch das Alter bedingten. In wie viel härterer Weise die unbemittelte Bevölkerung durch die Tuberkulose bedroht ist, läßt z. B. folgende in Hamburg angenommene Statistik erkennen. Es starben dort an Kehlkopf- und Lungen- und Schwindsucht im Jahre 1910 von je 10000 Angehörigen der nachstehenden

Erwerbsklasse	Starb	Erwerbsklasse	Starb
900-1500	50,9	500-1000	12,6
1500-2000	42,5	1000-2500	7,4
2000-3500	22,7	2500-5000	5,5
3500-5000	20,8	über 5000	—

Also eine zehnmal größere Sterblichkeit bei den Armen gegenüber den Reichen, von den Ärmsten ganz abgesehen. In Bremen starben pro 10000 Lebende in dem Jahre 1901 bis 1910 jährlich in den Altersklassen von 15 bis 30 Jahren bei den Wohlhabenden 1,2, im Mittelstand 10 und bei den Armen 32, im Alter von 30 bis 60 Jahren in den drei Stages 5,3, 15 und 43 und im Alter von über 60 Jahren 1,6, 15 und 31. Das sind riesige Unterschiede, gegenüber denen die seitherigen Erfolge der Tuberkulosebekämpfung, die, wie wir oben sahen, im Laufe von 35 Jahren einer Verminderung der Sterblichkeit auf die Hälfte entsprachen, fast verbleiben.

Womöglich kann diese größere Anfälligkeit der ärmeren Volksklassen gegenüber der furchtbaren Krank-

heit? Es kommen hier drei Faktoren in Betracht: erstens die größere Gefährdung durch gewisse Berufe, zweitens die Wohnungs- und drittens die Ernährungsverhältnisse. Gewisse Berufe, die den Witterungseinflüssen besonders ausgesetzt sind, ferner solche, die unter Staubentwicklung zu leiden haben, sind vor allem andern durch die Tuberkulose bedroht. So entfallen von je 100 Todesfällen auf die Hals- und Lungen-Schwindsucht bei den Schleifern 49,2 Proz., bei den Druckern 38,6 Proz., den Sechern 35,1 Proz., den Steinarbeitern 35,2 Proz., den Hutmachern 33,4 Proz., den Knopfdrehschneidern 37,8 Proz., den Motorführern und Straßenbahnern 32,3 Proz. usw.

Schlechte Wohnungs- und Ernährungsverhältnisse setzen die Widerstandsfähigkeit des Organismus zur Ueberwindung der Krankheit herab. Wir wissen heute seit Einführung der Pirquetschen Reaktion, daß nahezu jeder Mensch einmal eine Tuberkulose durchgemacht hat. Pirquet fand, daß seine Reaktion, die er auf 1407 Kinder anwandte, bereits für 5 Proz. der Kinder im ersten Lebensjahre positive Resultate lieferte, bei den Kindern im zehnten und elften Lebensjahre für 80 Proz. und bei den 14jährigen für 90 Proz. Ebenso haben Seltionen, wenn sie mit der nötigen Sorgfalt durchgeführt werden, in der überwältigenden Mehrheit der Fälle verkappte Tuberkuloseherde nachgewiesen. So gut wie jeder unter uns hat also einmal einen Anfall der Krankheit durchgemacht gehabt, in den allermeisten Fällen, ohne daß er eine Ahnung davon hatte, welche gefährlichen Gift seine harmlose „Erkältung“ barg. Aber ein gesunder Organismus erwehrt sich des heimtückischen Ueberfalls, während ein geschwächter den feindlichen mikroskopischen Lebewesen die vorteilhaftesten Vermehrungsbedingungen bietet.

Speziell ungünstige Wohnungsverhältnisse bilden ja nicht nur insofern eine Vorbedingung der Krankheit, als sie die Widerstandsfähigkeit des Körpers herabsetzen, sondern auch durch die eminente Erhöhung der Ansteckungsgefahr, die durch das gehäufte Zusammenwohnen vieler Personen in wenigen und engen Räumen erzeugt wird. Die Erhebungen der Berliner Krankenkasse der Kaufleute haben ja in dieser Beziehung schauerhafte Zustände enthüllt, die dadurch noch an Eindringlichkeit gewinnen, daß sie ja nicht einmal eine besonders schlecht gestellte Schicht der Arbeiterschaft betreffen. In unzähligen Fällen wurde festgestellt, daß nicht nur das Wohn- und Schlafzimmer des Kranken von einer ganzen Reihe weiterer Familienmitglieder geteilt wurde, sondern daß dies sogar, wenn natürlich auch in beschränkterem Maßstabe für das Bett der Fall war. Die von der Kommission für Arbeiterhygiene und Statistik in München herausgegebene Schrift über „Die allgemeinen Lebensverhältnisse arbeitsunfähiger tuberkulöser Mitglieder der Ortskrankenkasse für München“ konstatiert, daß selbst bei einzimmerigen Wohnungen bis zu fünf, bei zweizimmerigen bis zu neun Personen, darunter meist mehrere Kinder, mit dem Kranken zusammen hausten. Was nützt gegenüber solchen Verhältnissen alle „Aufklärung“ über Ansteckungsgefahr und Saubere dieser.

Eine Erscheinung, die jedenfalls zum Nachdenken auffordert, ist die, daß die Tuberkulose in den letzten Jahrzehnten in allen Staaten einen Rückgang erfahren hat, auch in solchen, in denen keine Arbeiterversicherung besteht und auch das Heilstättenwesen nur wenig ausgebaut ist. England ist resp. war bis vor kurzem ein solches Land, und doch ist hier der Rückgang größer als in Deutschland. Mosse erklärt dies damit, daß eben die sozialen Verhältnisse den weit wichtigeren Faktor bilden, daß die fortschreitende Hebung der Lage der arbeitenden Klassen in England, die Wohnungsfürsorge, die Verbilligung der Lebensmittel durch den Freihandel dieses günstige Resultat erzielt haben. Daneben legt er allerdings in Gemeinschaft mit dem englischen Hygieniker Newsholme den größten Wert auf die Isolierung der Erkrankten. Newsholme fand, daß die Tuberkulosesterblichkeit in demselben Maße abnahm als die Versorgung der öffentlichen Armen in besonderen Anstalten statt im Schoße ihrer Familie zunahm. Auch Koch legt beinahe ausschließlich auf die Unterbringung der Kranken in besonderen Anstalten neben der Verbesserung der Wohnungsverhältnisse den größten Wert.

Seit der jüngst in Berlin abgehaltene Tuberkulosekongress der sozialen Seite der Frage längst nicht genug Beachtung beigemessen und doch ist sie die ausschlaggebende. Die Arbeiterkraft, die um Verbesserung ihrer Lebensbedingungen kämpft, führt zugleich auch den erfolgreichsten Kampf gegen den alten Erbfeind der Menschheit, gegen die Proletarierkrankheit, die Schwindsucht.

**Genossenschaftliches.**

Die Reform der Volksversicherung, deren bringende Notwendigkeit die Gründung der Volksfürsorge veranlaßt, hat wieder einen Fortschritt gemacht. Die bekannte große Versicherungsgesellschaft „Victoria“ macht in ihren letzten Monatsblättern die Mitteilung, daß von diesem Jahr ab von der Volksversicherung keinerlei Entnahmen mehr gemacht werden. Es heißt nun kein Grund, mit den durch diesen Beschluß scheinbar betroffenen Mitgliedern des Vorstandes und des Aufsichtsrats der genannten Gesellschaft Mißleid zu haben. Bei der Vielgestaltigkeit des Versicherungsbetriebs, der Möglichkeit der Kostenbereinigung unter den einzelnen Sparten und der anzuerkennenden Fürsorge der Gesellschaft für ihre Träger, darf man sicher die tröstliche Veruhigung haben, daß die Beteiligten auch ohne Entnahme von der Volksversicherung nicht zu kurz kommen. Doch sei dem wie ihm wolle, der Beschluß ist eine Konzession an die berechtigten Forderungen, daß die Volksversicherung im Interesse der Versicherten und nicht in dem der Versicherer geführt werden soll. Wir sind fast überzeugt, der Bestand der Volksfürsorge wird die Privatgesellschaften noch zu weiteren Konzessionen im Interesse des Volkes zwingen, und das allein schon rechtfertigt ihre Gründung, erfordert aber auch ihre Stärkung!

Der Mittelstand verdirbt vernünftige Wirtschaft. Nichts zeigt die Ohnmacht des Mittelstandes, richtiger gesagt, Kleinhandlender und Gewerbetreibende, besser, als sein Verhalten während der Teuerung. Ob diese seine Ohnmacht nun auf Mangel an Können oder auf



mangelnden guten Willen zurückzuführen ist, jedenfalls stimmen der schon oft geübten Kritik des mittelständlichen Unvermögens allmählich auch Leute zu, die sonst an der „Rettung des Mittelstandes“ aus der Konsumvereinsnot tatkräftig mitarbeiten. Einige derbe Wahrheiten mußte der Mittelstand kürzlich von Professor Dr. Martin Spahn entgegennehmen. Auf einer Tagung rheinischer Bauern forderte er als nächste Aufgabe der deutschen Sozialpolitik eine Regulierung der Lebensmittelpreise. Durch schöne Reden über die Einfachheit vergangener Zeiten könnte man die Bedürfnisse der Massen nicht herabschrauben. Die Entwicklung unserer Produktion beruhe doch darauf, daß immer mehr Konsumentenbedürfnisse in den breiten Massen geschaffen würden. Jede Einschränkung der Lebenshaltung benachteilige die Produktion. Das einzige Mittel, die erwachte Unzufriedenheit der Konsumenten zu beseitigen, sei, dafür zu sorgen, daß die Waren auf dem Wege vom Produzenten zum Konsumenten nicht unnötig verteuert würden. Die Ursache der Unzufriedenheit in den Konsumentenkreisen und des zweifellos wieder gewachsenen Konsumentenempfindens sei in der mangelnden Organisation des Marktes zu suchen. Man müsse dem Mittelstand und insbesondere dem Metzgergewerbe den Vorschub machen, daß sie sich der Stunde nicht gewachsen gezeigt hätten. Bei der vorjährigen großen Bewegung gegen die Teuerung habe ein großer Teil der Metzger die Interessen des Großhandels vertreten. Deshalb hätten sie es sich selbst zuzuschreiben, daß teilweise das Großkapital in das Metzgergewerbe eingedrungen sei. Vielen Angehörigen des Mittelstandes falle es schwer, die neuen Anforderungen zu begreifen. Und nirgendwo sträube man sich mehr gegen die modernen Ansprüche als im alten Mittelstande.

Der Mittelstand, den die Wahrheiten Professor Spahns angehen, wird mit diesen Wahrheiten so umsprungen, wie er schon immer mit ihnen umsprang. Der Kleinhandel will nichts von einer mangelnden Organisation des Marktes hören; er behauptet, die Waren würden nicht auf dem Wege vom Produzenten zum Verbraucher verteuert. Konsumentenempfinden ist dem Zwischenhandel etwas äußerst Verwerfliches, das am liebsten Vater Staat mit Gewalt vernichten müsse. Die Steuerphantasten unserer Kleinhandels zur ausnahmsrechtlichen Behandlung der Konsumvereine sind ja bekannt genug.

Es bleibt bei der unveränderten Begriffstauglichkeit unserer Zwischenhandels nichts anderes übrig, als ihm durch die Tat zu beweisen, daß eine Regulierung der Lebensmittelpreise bis zu einem gewissen Grade wohl möglich ist. Was der organisierte Konsum tun kann, wird geschehen, um dort Vernunft walten zu lassen, wo sich verbohrene Rücksichtslosigkeit am Wohle der Konsumenten vergeht.

### Dom Ausland.

Ein außerordentlicher Gewerkschaftslongress in England. Das parlamentarische Komitee des Gewerkschaftslongresses hat, nachdem es den Bericht einer Delegation des Dubliner Gewerkschaftslongresses entgegengenommen hatte, beschlossen, einen besonderen Gewerkschaftslongress für den 9. Dezember 1913 nach London einzuberufen, der sich mit der Dubliner Angelegenheit befassen soll. Berlin erklärte sich mit dem Beschlusse des Komitees einverstanden und sagte, er erkenne an, daß die englischen Gewerkschaftsführer eine größere Verantwortung übernehmen hätten. Die Dubliner würden den Kampf weiterführen, bis die englischen Führer bereit seien. Nach den letzten Nachrichten aus Dublin haben die Arbeiter beschlossen, nach dem Muster Ulsters eine eigene Bürgerwehr zu organisieren, um so ein Gegenrecht gegen die Organisation der Ulsterlenie und Nationalisten zu schaffen und ihre Bürgerrechte zu verteidigen. Hauptmann White, der sich im Felde auszeichnete, der Sohn des Verteidigers von Ladysmith, hat gemeinsam mit noch andern Offizieren die Organisation der Arbeiterbürgerwehr übernommen.

### Sachtechnisches.

Ein neues Koffschuttmittel. Wie der „Frankfurter Zeitung“ berichtet wird, hat ein Münchner Gelehrter, Herr Dr. Rudolf Eberhard ein Mittel gefunden, Eisen gegen die Atmosphärrillen unempfindlich zu machen und es gegen Rost und die korrodierende (zerstörende) Wirkung des Wassers zu schützen. Er verwendete dazu eine gewisse Chromverbindung, die sich bis jetzt nur in Wasser löste; es gelang ihm, sie ohne Eintreten von Verfälschung in eine unlösliche Form zu bringen und so ein wirksames Koffschuttmittel daraus herzustellen. Die Erfahrung hat gelehrt, daß man den vielen „neuen“, „wirksamen“ Koffschuttmitteln, die schon im Laufe der Jahre aufgetaucht sind, vorsichtig gegenübersehen muß.

### Sachliteratur.

Moderne Firmenschilder. Entwürfe für die Schildermalerei von Arthur Schulze, Berlin. Verlag Georg D. W. Callwey, München. 30 Tafeln in Farben- und Farbdruck in Mappe 8.— M. Das Werk „Moderne Firmenschilder“ gehört mit zu den besten, die uns in den letzten Jahren vorgelegen haben. Es bringt eine große Zahl moderner, wirkungsvoller und lehrbarer Antiqua-, Fraktur- und künstlerischer Schreibschriften und zeigt deren sachgemäße Anwendungsarten auf geschmackvollen Schildern. Alle Gattungen von Reklametafeln sind berücksichtigt in Glas, Metall usw., von der kleinsten eleganten Reklametafelle bis zum großen Rauerfeld. Als praktisch brauchbares Vorlagenwerk wird es dem Schilder- und Schriftensetzer in allen vorkommenden Fällen treffliche Dienste tun. Auf Ausstattung und Druck der Tafeln hat der Verlag besondere Sorgfalt verwendet. Möge das Werk weiteste Verbreitung finden.

Katechismus für die Reifeprüfung im Metzgergewerbe von E. Ebelin, Mitglied der Reifeprüfungskommission zu Göttingen. Verlag von Georg D. W. Callwey, München. Preis gebunden 1.20 M. Der Verfasser ist ein Mann der Praxis, auch durch seine Mitarbeit in der Fachpresse hat sein Name längst einen guten Klang. Die 157 Fragen und Antworten, die Herr

Ebelin aufwirft, sind nur Stichproben auf dem weiten, vielseitigen Gebiete des Metzgergewerbes, aber zu dem Zwecke, den die empfehlenswerte Schrift verfolgt, treffend gewählt. Das vorliegende Büchlein ist daher sowohl für die Prüflinge wie für die Mitglieder der Prüfungskommission ein wertvolles Hilfsmittel. Den Kandidaten unterrichtet es vortrefflich über den hauptsächlich in Frage kommenden theoretischen Prüfungsstoff, gibt Frage und Antwort blühend und erschöpfend, während es den Prüfenden nützliche Hinweise gibt auf die Gebiete, die für die theoretische Prüfung vornehmlich in Betracht kommen.

Illustrierter deutscher Maler-Kalender für das Jahr 1914. Nebst Beilage, enthaltend: Preisliste für Maler-, Lackierer- und Anstreicherarbeiten, Leistungsstarke und Stundenlohnstabelle. Herausgegeben von Cornel. Ebeling, Redakteur der „Deutschen Malerzeitung, Die Mappe“. Verlag von Georg D. W. Callwey, München. Preis geb. 2.— M. In den Kreisen unserer Berufscollegen ist der „Illustrierte deutsche Maler-Kalender“ längst ein lieber Bekannter, der durch seine Zuverlässigkeit als praktischer Ratgeber bei allen möglichen Gelegenheiten mit Recht in der Fachwelt sich eines guten Rufes erfreut. Der deutsche Maler-Kalender für 1914 bringt in seinem allgemeinen Teil Kalendartafeln und Tageskalender mit Raum für Notizen, daran anschließend Quittungsformulare und Notizblätter. Der technische Teil behandelt die verschiedensten praktischen Themen wie: Warenverkauf, Verleumdungen auf Holz, das Uebertragen von Zeichnungen und Malen auf Holz, dann die mannigfachen Notizen für die Praxis, wie Ankleben von Deckfarben-, Lack- und Firnisstapeten, Wasen in Lackfarbe entfernen, Gipsabfälle reinigen, Lackierarbeiten mit Selbstanstrich usw. Teil III berichtet über neue Materialien und Werkzeuge. Teil IV beschäftigt sich mit Gewerblichem und Gelehrlichem. Teil V bilden die beigegebenen Illustrationen. Teil VI umfaßt verschiedene Tabellen, Tarife, Kundenrechner u. a. m. Den Schluß bildet das Beilage, das Preislisten aus verschiedenen Gegenden, Leistungsstarke und eine Stundenlohnstabelle enthält. Wir können allen Interessierten die Anschaffung des sorgfältig und umsichtig bearbeiteten reichhaltigen Kalenders empfehlen.

### Literarisches.

„Jungvolk 1914“. Vom „Jungvolk“-Almanach, den die Zentralfstelle für die arbeitende Jugend herausgibt, ist soeben Jahrgang 1914 erschienen. Der Inhalt des sorgfältig ausgestatteten Buches ist wieder ungemein reichhaltig; die wichtigsten Gebiete unserer Jugendbildungszweige sind durch Beiträge vertreten, bei denen offensichtlich auch auf die Form der Darstellung besondere Sorgfalt verwendet wurde. In Wesen und Ziele des Sozialismus führt ein äußerst populär gehaltener Aufsatz in Briefen ein, den Wilhelm Kiepeholt beigezeichnet hat. Persönlich nahegebracht wird den jugendlichen Lesern das Kulturideal des Sozialismus durch Heinrich Schulz's Charakterstudie über Deibel: „Werdet wie er!“ Ein besonders für die proletarische Jugend wichtiges Kapitel der „Zeitgeschichte“ enthält Konrad Haenisch in seinem Rückblick auf das Jubiläumsjahr. Weiter bringen Beiträge Karl Korn, W. Söllmann, Luise Jick, Otto Koenig, C. Dising, R. Lessen usw. Auch der unterhaltende Teil ist sorgfältig ausgewählt. Belebt wird der Inhalt des Büchleins des Weiteren durch eine Fülle von literarisch wertvollen Gedichten und durch zahlreiche Abbildungen und Randzeichnungen hervorragender Illustratoren. Dabei ist der Preis des 160 Seiten starken Bandes wieder so niedrig angelegt, daß unser proletarischer Jugendkalender wohl auch in dieser Hinsicht eine Ausnahmeerscheinung auf dem Büchermarkt bildet. Jugendausschüsse und Vereine erhalten ihn zum Selbstkostenpreise. Kein Jugendgenosse sollte die Anschaffung dieses dauernd wertvollen Buches unterlassen, und auch als Weihnachtsgeschenk sei der hübsche Band den Eltern unserer Jungen und Mädchen angelegentlich empfohlen.

1000 Mark Belohnung. Mit diesem Titel ist soeben im Verlage der Buchhandlung Vorwärts, Berlin, ein Kriminalroman aus der Feder des bekannten Schriftstellers Hans Hyan erschienen. Der Roman ist — wie alle Hyan'schen Romane und Erzählungen — äußerst spannend, er hält den Leser von der ersten bis zur letzten Seite in seinem Bann. Das Buch ist als 10. Band der so rasch populär gewordenen Bücherreihe Vorwärts-Bibliothek erschienen und kostet, gleich allen andern Bänden dieser Serie, in Leinen gebunden nur 1 Mark. Alle Parteibuchhandlungen halten die Bände der Vorwärts-Bibliothek stets vorrätig und legen sie gern ohne Kaufverpflichtung vor.

Führer für den Militärpflichtigen. Nach den gesetzlichen Bestimmungen dargestellt. Zweite, durchgesehene Auflage. Mit ausführlichem Inhaltsverzeichnis, Formularen und Sachregister. Preis 30 Pfg. Verlag Buchhandlung Vorwärts, Paul Singer & M. b. H. Berlin. Der Inhalt dieses Heftes ist außerordentlich reichhaltig. Es faßt uns kurz und prägnant in die Rechte und Pflichten des Militärpflichtigen ein. Es zeigt uns, wie Eingaben zu fassen sind, die eine etwaige Befreiung vom Militärdienst oder von einer Uebung beabsichtigen, wie es überhaupt in allen das Militärverhältnis betreffenden Fragen leicht verständliche Auskunft gibt.

Stadterordnetenwahlen finden gegenwärtig in vielen Städten statt oder haben in den letzten Wochen stattgefunden. Es gilt nun, die Vertreter der sozialdemokratischen Wähler in den Gemeindeparlamenten laufend über alle wichtigen kommunalpolitischen Fragen zu orientieren und ihnen mit Anregungen dienlich zu sein. Zu diesem Zweck ist die von unserer Partei herausgegebene Wochenchrift „Kommunale Praxis“ geschaffen worden und es ist dringend zu empfehlen, diese Zeitschrift in den Kreisen der Gemeindevertreter und Stadterordneten zu verbreiten. Auch über diesen Kreis hinaus ist die „Kommunale Praxis“ für jeden Interessierten der Gemeindepolitik — ganz gleich auf welchem politischen Standpunkt er steht — wichtig und interessant. Bestellungen zum Preise von 2.— M. pro Quartal nehmen alle Buchhandlungen, Expeditionen sowie die Postanstalten entgegen. Probehefte liefert der Verlag Buchhandlung Vorwärts, Paul Singer & M. b. H. Berlin S.S. 68, kostenlos.

„In Freien Stunden“. Romane und Erzählungen für das arbeitende Volk. Verlag Buchhandlung Vorwärts Paul Singer & M. b. H., Berlin. Jede Woche erscheint ein illustriertes Heft zum Preise von 10 Pfg. Als illustrierter Hauptroman gelangt gegenwärtig der Abenteuerroman Gold, von Friedrich Verleger, zum Abdruck. Außerdem enthält jedes Heft eine weitere Erzählung, kurze, populär-wissenschaftliche Abhandlungen und eine humoristische Ecke. Bestellungen durch alle Buchhandlungen.

Almanach des Deutschen Holzarbeiter-Verbandes für das Jahr 1914. Taschenkalender für die Verwaltungs- und Mitglieder des Verbandes. Im Auftrage des Verbandsvorstandes herausgegeben von Theodor Leipart. Fünfter Jahrgang. Berlin, Verlagsanstalt des Deutschen Holzarbeiter-Verbandes & M. b. H. Preis 1.— M.

Die Arbeitslosigkeit von Dr. Babel jun. Heft 37 der Arbeiter-Gesundheits-Bibliothek. Verlag Buchhandlung Vorwärts Paul Singer & M. b. H., Berlin S.S. 68. Das Heft kostet, wie alle bisher erschienenen Hefte der Arbeiter-Gesundheitsbibliothek, 20 Pfg., in besserer Ausstattung 50 Pfg. und ist durch alle Buchhandlungen und Expeditionen zu beziehen.

### Versehiedenes.

Die Dessen'sche Bibliothek und Lesehalle in Berlin S.O., Adalbertstraße 41, hat am 24. Oktober d. J. ihr 14. Geschäftsjahr beendet. Der stetige Fortschritt in der Wirksamkeit des Instituts hat erfreulicherweise auch im abgelaufenen Jahre angehalten. Der Verkehr wickelte sich dank der praktischen Einrichtungen in ruhigen Bahnen ab, obwohl die Bibliothek während der täglichen 4 1/2-stündigen Betriebszeit äußerst stark in Anspruch genommen wurde. Das Institut wurde seinerzeit zugunsten der Arbeiterschaft Groß-Berlins gegründet, und es ist erfreulich, feststellen zu können, daß 55 Proz. der Leser aus gewerblichen Arbeitern und Arbeiterinnen bestehen. Die Handlungsangestellten beiderlei Geschlechts bilden 22 Proz. der Benutzer, während die restlichen 23 Proz. des Leserkreises sich auf die liberalen Berufe, Beamte, Lehrer, Studenten und Personen ohne Beruf verteilen. Die Zahl der seit Eröffnung der Bibliothek ausgetretenen Leserarten beläuft sich auf 23 654 Stück, von denen im Berichtsjahre 4411 in Benutzung waren. Wie die nachfolgende statistische Uebersicht ergibt, ist die Nachfrage nach belehrendem Lesestoff gegen das Vorjahr wiederum gestiegen. Dieser Erfolg dürfte zum Teil darauf zurückzuführen sein, daß die Verwaltung es sich angelegen sein läßt, einen Kontakt mit den Lesern zu schaffen und diese durch entsprechende Hinweise zu nützlichem Lesestoffe anzuregen. Als besonders fördernd hat sich auch eine täglich wechselnde Ausstellung von Schriften zur Einführung in die verschiedenen Wissensgebiete oder wichtige Tagesfragen bewährt. Diese Ausstellung führt dem Besucher die Reichhaltigkeit der Bibliothek ständig vor Augen und gibt ihm Gelegenheit, sich durch eigene Anschauung über den Inhalt der Bücher zu unterrichten, bevor er sie entleiht. — In der Ausleihbibliothek wurden im 14. Betriebsjahre 70 899 Bände nach Hause verliehen gegen 69 012 Bände im Vorjahr. Im Verlust geraten sind 19 Bände. Von der Gesamtzahl der Entleihungen entfallen 45 963 Bände auf schöne und 24 936 Bände auf belehrende Literatur. An letzterer Zahl sind die einzelnen Wissenszweige in folgender Weise beteiligt: Geschichte und Lebensbeschreibungen 4838, Geographie 3110, Naturwissenschaften 5093, Rechts- und Staatswissenschaften, Volkswirtschaft 3075, Gewerbekunde, Technik 3290, Philosophie, Religion, Pädagogik, Sport 2815, Kunst, Musik, Literaturgeschichte usw. 2715 Bände. Die verlangten wissenschaftlichen Bücher machten im Berichtsjahre 35 Proz. aller Entleihungen aus. Insgesamt sind im 14. Jahre 85 851 Bände in und außer dem Hause entlehnt worden; in den 14 Betriebsjahren zusammen 1 045 544 Bände. Von dem einzelnen Leser wurden im letzten Jahre durchschnittlich 16 Bände nach Hause entlehnt, und zwar 11 unterhaltende und 5 belehrende Bücher. Diese Ausleihziffern könnten leicht gesteigert werden, wenn die Verwaltung es sich aus wohl-erwogenen Gründen nicht zum Grundsatze gemacht hätte, jedem Leser — von Ausnahmefällen abgesehen — immer nur ein Buch mitzugeben. — Die Lesehalle wurde im 14. Betriebsjahre von 67 312 Personen gegen 65 893 Personen im Vorjahre, und zwar 61 255 Männern und 3057 Frauen, in den 14 Jahren zusammen von 882 240 Personen besucht. Die Zahl der hier ausliegenden periodischen Schriften hat wiederum eine Vermehrung erfahren und beträgt jetzt 619 Zeitungen und Zeitschriften jeder Art und Richtung. Die im Lesesaal aufgestellte 2131 Bände zählende Nachschlagelbibliothek wurde von den Besuchern in umfassender Weise zu Rate gezogen. — Die Gesamtzahl der Besucher, die im 14. Betriebsjahre Bibliothek und Lesehalle benutzten, belief sich auf 1 382 111 Personen. Seit der Eröffnung vor 14 Jahren haben insgesamt 1 737 421 Personen das Institut aufgesucht. — Die Dessen'sche Bibliothek und Lesehalle, die jedermann zu unentgeltlicher Benutzung offensteht, ist werktäglich von 5 1/2 bis 10 Uhr abends, an Sonn- und Feiertagen von 9 bis 1 Uhr und 3 bis 6 Uhr geöffnet.

### Sterbetafel.

Berlin (Sektion Lackierer). Am 18. November starb der Kollege Alfred Arnold, Lackierer, geb. am 31. Oktober 1883 zu Berlin.  
— Am 20. November starb der Kollege Franz Steinhach, geb. am 15. September 1887 zu Gütten.  
Dresden. Am 17. November verschied nach langer Krankheit im Alter von 24 Jahren unser Kollege Otto Beckert.  
— Am 19. November verschied unser Kollege Adolf Rietisch im Alter von 48 Jahren.  
Ehre ihrem Andenken!

### Dereinsteil.

### Bekanntmachung.

Wiederholt ist uns die Nachricht geworden, daß die Reiseunterstützung an reisende Mitglieder in einzelnen



Fälligkeiten ausgezahlt wird, trotzdem diese wochentag mit ihren Beiträgen im Rückstande sind, auch die laufenden Beiträge den Reisenden nicht von der Reiseunterstützung in Abzug gebracht werden.

kein Reisegehalt erhält:

a) Wer mit seinen Beiträgen im Rückstande ist.

Hieraus geht klar hervor, daß den auf der Reise befindlichen Mitgliedern keine Reiseunterstützung gezahlt werden darf, wenn sie mit den Beiträgen im Rückstande sind.

Absatz 5 ausgezahlt wird, von der Hauptkasse nicht anerkannt werden.

Der Vorstand.

Bericht der Hauptkasse vom 25. Novbr. bis 1. Dezbr. Eingekandt wurde für die Hauptkasse: Hofstad. A 400, Stettin 700, Nordhausen 177.25, Neumünster 150, Altona 150, Erfurt 500.

Material wurde versandt: B. = Beitragsmarken. V. = Vorkasse. K. = Kalender. D. = Duplikatmarken. C. = Eintrittsmarken. M.-M. = Marken-Mappen. F. = Futterale.

Die Woche vom 7. bis 13. Dezember ist die 50. Beitragswoche.

G. Wenker, Kassierer.

Zentral-Kranken- und Sterbefälle

Bericht der Hauptkasse vom 23. bis 29. November.

Zuschüsse wurden an folgende Verwaltungen ergesandt an: Paulus in Fürth i. B. 100 M., Ruf in Epenick 100 M., Eisinger in Mainz 100 M., Wolfenbauer in Kiel 100 M., Stein in Berlin 1000 M., Gottschel in Nowawes 150 M., Kaune in Bremen 200 M.

Krankengelber erhielten: Buchn. 24451, B. Näßiger in Weiskwasser, 13.50 M.; Buchn. 38323, O. Bennin in Pentun, 15.75 M.; Buchn. 7490, J. Wobareczky in Posen, 13.50 M.; Buchn. 8216, M. Becker in Ars a. d. Mosel, 13.50 M.; Buchn. 40233, B. Solf in Döhriedt, 13.50 M.; Buchn. 18383, O. Wrafe in Rue i. Erzgeb., 27.- M.; Buchn. 7127, F. Pabst in Kleibach, 11.25 M.

NB. Laut Bekanntmachung in Nr. 48 dieses Blattes ist die Auflösung unrer Kasse von Kaiserlichen Aufsichtskamt für Privatversicherung in Berlin genehmigt.

F. Warnde, Hauptkassierer.

Der Maler-Kalender für 1914

herausgegeben vom Vorstand des Verbandes

in erscheinen. - Die Verwaltungen werden ersucht, umgehend ihre Bestellungen aufzugeben. Bestellungen sind an den Vorstand zu richten. - Preis 50 Pfg. pro Exemplar.

Filialbeamter gesucht!

Die Filiale Eberfeld sucht zur baldigen Anstellung einen geeigneten Kollegen. Der Bewerber muß naturgemäß besonders mit der Beschaffung von Holzgerätschaften einen großen Teil der Tätigkeit zu verrichten und fünf Jahre Tätigkeit bei einem Holzhandlungsbetrieb nachweisen können.

Malerschule PAUL RICHTER, Ch. rittsburg 5, Sophie-Charlottenstr. 43.

Abend-Unterricht in Holz- und Marmorarbeiten

H. Muhs, Altona, Alsenplatz 1, II. Speziell gründliche, praktische Ausbildung.

Orig.-Wischmethode

(Lappen mit ausgebrochenem Stahlkamm)

Fr. Weiershausen & Co., Hamburg 5, Lindenstr. 19

Spezial-Schule für Holz- u. Marmorimitation u. mod. Techniken

können Sie nur allein in unsem Institut oder durch unser Werk „Neue Holz- und Marmorarbeiten“ gründlich erlernen.

Verlangen Sie illustrierten Katalog kostenlos

Jeder Herr



der sich gut kleiden und beim Einkauf sparen will, verlange den illustr. Katalog Nr. 14 meiner Abteilung für wenig getragene Kavaliers-Garderobe

- Sacco- und Schwalbenrock-Anzüge M. 6 bis 38
Smocking-, Frack- und Gehrock-Anzüge M. 12 bis 45
Herbst- und Winter-Überzieher und -Uister M. 5 bis 32
Gummi-Mäntel von 12 M. an

Bitte zu beachten! Nicht passende oder nicht gefallende Waren werden umgetauscht oder wenn Umtausch nicht gesehm, das gezahlte Geld sofort zurückgesandt.

J. Kalter, München, Tal 19.



Teilzahlung!!!

Uhren und Goldwaren, Photo-Apparate, Feldstecher, Musikwerke, Sprechmaschinen usw.

Jonass & Co., Berlin A. 445 Belle-Alliancestr. 3.

Ölgemälde

auf Leinwand, gepannt auf Eisenrahmen in künstlerischer Ausführung, als Preisbeispiel: Seelische, Schweizer, Ostergeländchaften, Waldstübe usw.

Albert Hutmacher, Gießen (Hsb.)

Werden Sie Holzmaler nach dem Schottischen neuen Lehr- und Arbeitssystem. Nur 1 Monat Unterricht. Bedarf jeder. Bester Erfolg, selbst gering begabten Schülern garantiert.

Malerschule zu Bremerhaven C. & H. Dröter. 1 Monat Unterricht: 6 Holz-, 4 Marmorsorien. Wintersemester vom 1. November bis 31. März.

Schule f. Holz- u. Marmorarbeiten M. Nabben, Düsseldorf. Prämiert mit höchsten Auszeichnungen. Kursus vom 2. Nov. bis Ende Febr.

Geld erhalten Sie zurück für Waren, die nicht in jeder Beziehung Ihren Beifall finden! Bestellen Sie sofort gratis u. franko meinen illustrierten Prachtkatalog 13 über wenig getragene Herrenkleider.

Gratis erhalten Sie den illustr. Prospekt Prachtvolle Schülerarbeiten vom kunst- und fachgewerblich. Institut für Maler, Erste Schweiz. Malerschule H. Schmid-Engweiler, Zürich.

Zögern Sie nicht sondern verlangen Sie sofort unsern illustr. Prachtkatalog E (ca. 100 Abbildungen), welcher Ihnen gratis u. franko zugesandt wird.

Malerschule zu Hamburg von Wilhelm Schütze, Strahlsand 12. Prospekt gratis. Goldene und silberne Medaillen.

Ein in Malerkreisen bekannter Fachverlag sucht an allen grösseren Plätzen, ebenso für Provinzen tüchtige Vertreter. Maler bevorzugt.

Erstklassige Kölner Fachschule für Holz- und Marmorarbeiten und neuzeitliche Flächendekoration von Georg Haaf, Köln, Boisseréestraße 18.

Selbstunterricht 101 Vorlagen (19-13 cm): Ornamente, Girlanden, Blumen, Landschaften usw.

Allen Herren, welche beim Einkauf sparen wollen, senden wir gratis und franko unsern illustr. Prachtkatalog Nr. 11 über Kavaliers-Garderobe.

Lustige Gesellschaft steckt an! Sprühregen des Humors. Kongress-Verlag, Abt. 104

Malermäntel - Weizenklein in 100 Stücken. Preis 2.40 M. Spezial-Fabrikanten-Gesellschaft

Maler-Mäntel 110 120 130 cm lang. D. Warzel & Co., Berlin, Fiedrichstr. 13, I.

Der heutigen Nummer liegt die Nr. 48 des Korrespondenzblattes für die Bevollmächtigten unserer Filialen bei.